

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 99

SONNTAG, 5. Mai 1935

Aus dem Inhalt:

Sozialdemokratische Blutopfer
Deutsch-polnische Verstimmung
Konzil der Messerhelden
Braune Wirtschaftsdämmerung

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Neuer Rechtsbruch des braunen Systems

Gewaltsame Entführung aus der Tschechoslowakei

Am 27. April wurde vor dem Grenzbahnhof Eisenstein der deutsche Emigrant Lampertsberger auf tschechoslowakischem Gebiet von deutschen Gestapobeamten überfallen. Er wurde trotz Gegenwehr, trotz Einschreitens eines tschechoslowakischen Beamten zu Boden geschlagen, auf reichsdeutsches Gebiet geschleppt und in einem bereitstehenden Auto entführt. Ein bayrischer Gendarm beteiligte sich mit gezogener Pistole an der Entführung.

Ein neues Verbrechen des Mördersystems, ein neuer Schlag ins Gesicht der Nachbarländer Deutschlands! Der Fall Jacob schwebt noch, eben teilt die Schweizer Regierung mit, daß sie nun das Haager Schiedsgericht anrufen werde. Wir fürchten, daß auch ein Rechtspruch des Haager Gerichtshofes nur den zynischen Hohn des braunen Systems hervorrufen wird; denn die Rechtsmoral des Dritten Reiches erschöpft sich in den Worten: was wollen denn die! Wir sind groß und die sind klein, wir sind stark und die sind schwach! Wie zur Bekräftigung ist ein neues Verbrechen des Menschenraubs erfolgt.

Der Fall liegt so sonnenklar, wie für ein solcher Fall liegen kann: Beobachtung durch die Gestapo, Zufassen an der Grenze unter Verletzung tschechoslowakischen Gebiets, Teilnahme eines bewaffneten deutschen Beamten, Gewaltanwendung gegen einen tschechoslowakischen Beamten. Da ist kein Raum mehr für diplomatische Fiktionen und Unklarheiten, für dreiste braune Lügen und Entstellungen. Ein nackter, brutaler Gewaltakt und Rechtsbruch ist erfolgt. Es kann auch nicht mehr die Rede sein von einem Einzelfall; denn wer nach den Fällen Lessing, Bell, Formis, Jacob, nicht sieht oder sehen will, daß es sich um ein System handelt, dem ist nicht zu helfen.

Es ist Sache der von diesen brutalen Gewaltakten betroffenen Länder, mit welchen Mitteln sie Achtung ihrer Gebiets- und Rechtshoheit verteidigen wollen, wie und mit welchen Mitteln sie die Sicherheit von Personen schützen wollen, die sich im Vertrauen auf Recht und Rechtssicherheit, auf ihr Gebiet begeben haben, wie sie ihre eigenen Beamten gegen Uebergriffe schützen wollen. Es ist eine Folge des deutschen Gewaltsystems, der unmenschlichen braunen Barbarei, der Zerstörung der internationalen Rechtssicherheit durch das braune System, daß aus einem Rechtsproblem ein Problem der politischen Opportunität werden mußte.

Jeder neue Fall des Uebergriffes der Gestapo über die deutschen Grenzen, des Mordes und des Menschenraubes ist eine alarmierende Warnung. Denn diese Uebergriffe sind Ausfluß des braunen Faustrechts, der zynischen Verachtung aller rechtlichen Bindungen durch ein System, das auf das Schwert pocht und dessen Doktrin lautet: Macht geht vor Recht. Würde dies Prinzip internationale Geltung erhalten, so würde Europa angesichts seiner reichen nationalen Differenzierung einem endlosen Zustand des Krieges entgegengehen, der nur jeweils von kurzen Friedenspausen unterbrochen werden würde, die nur der Erschöpfung der Völker ihre Existenz verdanken. Kein Zweifel, daß die Häufung solcher Uebergriffe, daß die systematische Demonstration der Macht, die ungehemmt Taten der Willkür begehen kann, auf die Dauer den Glauben an eine internationale Rechtsord-

nung pervertieren und den Glauben an die allein selig machende Gewalt stärken muß. Hier liegt eine ungeheure Gefahr für die europäischen Länder, die dem Nationalitätenprinzip ihre Existenz verdanken und nicht zu den europäischen Großmächten zählen. In einem Weltbild, das nur den Großen Rechte zugesteht und in den Kleinen nur Objekte sieht, ist für diese Länder kein Platz. Das braune System vertritt ein Weltbild, das bereits durch modernere, humanere, rechtlichere Auffassungen verdrängt zu sein schien, das sich jedoch wieder mit Gewalt nach vorn schiebt. Es ist jene Gewalttheorie, die den alldeutschen Phantasien zugrunde liegt, von der die Totalitätstheorien, wie die nach großen Räumen greifenden Eroberungsideologien, ausstrahlt sind. Es ist die Hegelsche Staatstheorie, die in ihrem wahren Wesen unvereinbar ist mit der Existenz eines wirklichen Völkerrechts. Ueber das Verhältnis von großen und kleinen Ländern sagte Hegel in seiner Verfassung Deutschlands, als er über das Geschick der italienischen Kleinstaaten sprach:

„Sie erfüllen das notwendige Schicksal ihres Falles und neben einem Bedauern mit demselben steht das Gefühl der Notwendigkeit und der Schuld, welche Pigmen auf sich selbst haben, wenn sie neben Kolosse sich stellend zertreten werden.“

So hieß es bei Hegel. So denken die Machthaber des Dritten Reiches — aber nicht in der rückschauenden historischen Betrachtung, sondern in ihrer Politik der Gegenwart. Für sie muß die Existenz der Schweiz z. B. eine Regelwidrigkeit, ein Widerspruch gegen ihr Weltbild sein, unvereinbar mit der Ordnung Europas, die sie unter dem Gesetz der Macht ins Auge fassen. In der Tat arbeiten sie an der Zerstörung der gegenwärtigen Ordnung Europas. Vor den großen Demonstrationen ihres Kriegs- und Zerstörungswillens erschrecken die Völker — aber auch die kleinen Demonstrationen des Uebermutts der Gewalt sind Hammerschläge gegen die internationale

Rechtsordnung. Man mag sie als Einzelfälle von minderer politischer Bedeutung beiseite schieben, aber in ihrer Summierung gelangen auch sie zu mächtiger Wirkung und es ist schon eine granovolle Summierung, auf die wir zurückblicken.

Die gesamte Politik des braunen Systems ist auf Lockerung des Gefüges Europas gerichtet. Sie will die Großen trennen, die Kleinen in ihrem Gefühl der Sicherheit erschüttern und wankend machen. Sie will Furcht einflößen und wo sie Furcht erkennt, wird sie um so brutaler, mit um so größerer Verachtung des Rechts einsetzen. Sie hat für das Recht des Schwächeren nur Verachtung. Sie trägt ihr eigenes Recht und ihre brutalen Methoden schonungslos über die Grenzen — hat sie nicht im Falle Formis bis ins Herz der Tschechoslowakei gegriffen?

Wir werden nicht aufhören, diese Politik der braunen Machthaber zu brandmarken, die ein Verbrechen gegen den Frieden und das Recht ist — im großen wie im kleinen. Wie wollen, daß Völker und Regierungen der Gefahr und der Wahrheit offen ins Gesicht sehen. Die Geschichte des militaristischen Machtwahns in Preußen-Deutschland enthält genug der Lehren für die Bedrohten. Als dem Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg die pro-polnischen Publikationen des in Warschau lebenden Herrn von Karlestein mißfielen, ließ er ihn im Jahre 1672 durch preußische Beamte mitten in Warschau ergreifen, auf preußisches Gebiet schleppen und in Memel hinrichten. Polen protestierte einmal. Im Jahre 1698 überfiel Friedrich III. mitten im Frieden die Stadt Elbing. Sie protestierte bei den polnischen Ständen und rief um Hilfe, — aber umsonst. Das fernere Schicksal Polens ist bekannt.

Die Schweiz hat sich nun zur Anrufung des Schiedsgerichts entschlossen. Der Fall Jacob war nicht der erste braune Uebergriff auf Schweizer Gebiet. Andere Entführungsfälle, Grenzzwischenfälle, Schikanierungen Schweizer Bürger sind vorausgegangen. Die deutsche Propaganda arbeitet in der Schweiz, sie hat die sogenann-

ten Fronten geschaffen. Die Schweiz ist eines der Objekte alldeutschen Eroberungswahns, sie ist ein um so hervorragenderes Objekt, als ihre gesamte staatliche Existenz bis zum letzten auf friedlichem Recht beruht. Sie wehrt sich, sie muß sich wehren — um der Erhaltung der Grundlagen ihrer Existenz willen. Der Fall Lampertsberger aber zeigt, daß sie sich für alle wehrt, gegen die das braune System des Rechtsbruchs sich kehrt, — und das sind in erster Linie die Länder, auf die der neugeborene Militärkoloss Hitler-Deutschland als minderwertige Gegner herablickt.

Noch zu viele Zeitungen!

Ein Vorstoß des Hitler-Verlages.

Das System schlägt einen verschärften terroristischen Kurs ein. Dazu gehört eine Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer Amann über das Erscheinen von Zeitungen in Deutschland. Dieser Erlaß ist eine Handhabe, die es gestattet, jedes Blatt zu unterdrücken, das nicht ein ausgesprochen nationalsozialistisches Parteiblatt ist. Jeder Zeitungsverleger, der nicht für sich und seine Frau den Nachweis der arischen Abstammung bis zum Jahre 1800 erbringen kann, wird künftig als Zeitungsverleger nicht mehr geduldet. Diese Bestimmung geht gegen die Reste der großen Privatpresse in Deutschland. Insofern könnte man den Erlaß als einen Ausfluß des nationalsozialistischen Konkurrenzinteresses ansehen. Die weiteren Bestimmungen jedoch zeigen seinen wahren Sinn.

Es werden künftig Zeitungen verboten, die ein »Sonderinteresse« vertreten, die für einen bestimmten Personenkreis erscheinen oder im Besitze besonderer Personenkreise sind. Das sind Kautschukbestimmungen, mit deren Hilfe jede Zeitung außerhalb der nationalsozialistischen Parteipresse unterdrückt werden kann, die »Frankfurter Zeitung« so gut wie das »Berliner Tageblatt« und die »Rheinisch-Westfälische Zeitung«. Es gibt jedoch in Hitlerdeutsch-

Neuer Mord in Dachau

Ein Blutzeuge des Freiheitskampfes

Genosse Franz Mörtl ist im Konzentrationslager Dachau von den Hitlerbanditen ermordet worden.

Wir erfahren über das neue Verbrechen der braunen Banden das folgende:

Franz Mörtl war vor dem Anbruch des Dritten Reiches Stadtrat in Weiden. Am 17. Mai 1934 wurde er mit seinen beiden Söhnen unter der Beschuldigung verhaftet, illegale Arbeit getrieben zu haben. Bei dem großen Prozeß gegen bayrische Sozialdemokraten vor dem Obersten Landesgericht in München wurde er zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt galten. Er wurde aus der Haft entlassen.

Diese Freilassung bedeutete die langsame, qualvolle Hinrichtung für Mörtl. Die Gestapo nahm ihn sofort in »Schutzhafte« und schleppte ihn nach Dachau. Dort wurde er bei der Einlieferung so schwer mißhandelt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Seine Verletzungen waren so schwer, daß er in eine Münchner Klinik geschafft wurde. Dort

ist er am 19. April gestorben. Seine Leiche wurde am 23. April nach Weiden überführt.

Gegenüber dieser mörderischen Praxis der Gestapo ist eine Verurteilung zu Zuchthaus geradezu noch human! Dieser empörende Fall der Ermordung eines Sozialdemokraten — Mörtl war 57 Jahre alt, ein stiller, braver, bereits ergrauter Mann — entlarvt aufs neue den Blutterror des Hitlersystems. Die Richter sind in diesem System nur Drahtpuppen. Sprechen sie keine Bluturteile, so schlägt die sogenannte Polizei des Systems die von den Richtern Verschonten kurzerhand tot.

Eine neue Welle des blutigen Terrors geht über Deutschland. Es ist, als ob das System sich für seine außenpolitische Niederlage an den Freunden des Friedens und der Freiheit in Deutschland rächen wolle!

Die Brutalität der bayrischen Gestapo

Die beiden Söhne des ermordeten Ge-

nossen Mörtl sind zu 2 und 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Als der eine von ihnen am 19. Juni 1934 nach Nürnberg transportiert wurde, hat man ihn am Morgen gefesselt ins Auto gesetzt. Dann fuhr das Auto zum Kaffeehaus Weiß in Weiden. Hier ließen die Gestapolente und Nazis den Wagen stehen und zechten stundenlang. Erst abends wurde der Gefangene in Nürnberg abgeliefert. Er erhielt den ganzen Tag nichts zu essen und zu trinken.

Bei den Vernehmungen in Nürnberg wurden die gefangenen Sozialdemokraten schwer mißhandelt. Man band ihnen die Hemden über den Kopf zusammen und schlug sie mit Gummiknüppeln. Der Hauptanführer bei diesen Mißhandlungen war der Kriminalhauptwachmeister Beetz. Er sagte zu den Gefangenen: »Wenn ich dürfte wie ich wollte, ich schlug Sie, daß Sie nicht mehr kriechen können.«

Solche Polizeivertreter sind es gewesen, die Franz Mörtl ermordet haben!

land eine Reihe von Organen, auf die ganz deutlich gezielt wird.

Da ist zunächst — was in der Weltpresse nicht genügend beachtet wird — die Presse der Arbeitsfront. Schon seit langem besteht der Plan, sie zugunsten der nationalsozialistischen Parteipresse zu unterdrücken. Trotz aller Gleichschaltung verrät diese Presse für den Geschmack des Unternehmers noch viel zu viel. Sie ist ein Rest der Selbständigkeit der Arbeitsfront. Wenn sie im Zuge der neuen Pressepolitik eingestellt wird, so freuen sich die Unternehmer und die Parteiverleger hoffen auf klingende Erbschaft.

Weiter aber handelt es sich um die konfessionelle Presse beider Konfessionen. Der Kirchenkampf ist nicht nur von den Kanzeln geführt worden, sondern auch in einem Heer von Kirchenblättern und Gemeindeblättern, von Pfarrzeitungen, Wochenschriften, Monatschriften. Alle diese Publikationen werden nun illegal und können jederzeit verboten werden. Vor allem gilt dies für die katholische Presse. Nicht umsonst hat der päpstliche Nuntius bei Hitler interveniert und sich dabei auf das Konkordat berufen. Diese Verordnung ist eine Waffe, mit der der gesamten katholischen Presse der Garau gemacht werden kann. Was man nicht alles unter den Begriff »Sonderinteresse« gefaßt werden:

»Unter Sonderinteresse ist zu verstehen, wenn die Zeitung auf einen konfessionellen Personenkreis abgestellt ist. Wenn sie von katholischen Organisationen werbend unterstützt wird. Wenn sie an kirchlichen Feiertagen nicht erscheint. Wenn die Zeitung am Kopf konfessionelle Abzeichen aufweist. Und schließlich bei monopolartiger Bedienung mit Nachrichten und Bekanntmachungen durch katholische Organisationen.«

Das zeigt, worauf gezielt wird!

Die Berufung auf angebliches »Sonderinteresse« ist von besonderer Pikanterie. Der Präsident der Reichspressekammer Aman ist im Hauptberuf Geschäftsführer des Verlags Franz Eher Nachf., das heißt des Verlages, der Hitler gehört. Er ist der lachende Erbe, wenn seine Verordnung in die Tat umgesetzt wird. So einfach ist das in Deutschland! Man schlägt einige Zeitungen tot und verdient daran. Wenn man Nationalsozialist ist, verdient man an allem. Für die ganze Welt bedeutet diese neue Pressepolitik einen neuen Beweis der deutschen Barbarei, des Zynismus und des Machtwahns — für die Machthaber selbst aber wird alles, was sie berühren, zu klingendem Gelde.

Es ist deshalb ein gesundes methodisches Prinzip, bei jeder politischen Wendung des Systems nicht nur nach verborgenem tieferen Sinn zu forschen, sondern zunächst die Frage zu prüfen: was und wieviel verdienen daran die Männer des Systems?

Deutschlands Zustand die Weltgefahr

Offene Worte der »Times«.

Der Vernichtungsfeldzug, der jetzt in Deutschland gegen die Reste der nicht hundertprozentig nationalsozialistischen Presse geführt wird, gibt der »Times« vom 27. April Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

»Für ein Volk, das seine Freiheit und Unabhängigkeit schätzt, ist die Ergebnisse, mit der die Deutschen die Einschränkung ihrer Freiheiten und Informationsmöglichkeiten hinnehmen, eine beunruhigende Tatsache. Wie, so wird man fragen, kann das deutsche Volk die Tatsachen der internationalen Situation richtig einschätzen mit den Informationen, die ihm zur Verfügung stehen? Kann es verstehen, daß die »Isolierung« in Europa, von der seine Führer sprechen, vor allem ihr eigenes Werk ist? Kann es die Tatsachen richtig würdigen, wie den Mord an Dollfuß, die »Reinigung« vom 30. Juni, die Behandlung der Juden, der politischen Gefangenen und die Wirkung dieser Tatsachen auf die Meinung Europas? Ohne die richtige Kenntnis dieser Dinge muß aber das Zögern, die Gleichberechtigung Deutschlands anzuerkennen, die Sorge der Nachbarn um ihre Sicherheit, die Forderung nach Zusammenarbeit zur Organisation des Friedens als eine Hülfung von Ungerechtigkeiten erscheinen! Die Leichtigkeit, mit der in Deutschland Leidenschaft und Fanatismus zur Unterstützung jeder außenpolitischen Aktion entfacht werden kann, ist eine Tatsache von geradezu furchtbarer Bedeutung. Ohne eine gewisse Freiheit der Meinungsäußerung in der Presse und in öffentlichen Versammlungen wird der Staatsmann ein Schafhirt, aber kein Führer.«

Der Vernichtungsfeldzug, der jetzt in Deutschland gegen die Reste der nicht hundertprozentig nationalsozialistischen Presse geführt wird, gibt der »Times« vom 27. April Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

»Für ein Volk, das seine Freiheit und Unabhängigkeit schätzt, ist die Ergebnisse, mit der die Deutschen die Einschränkung ihrer Freiheiten und Informationsmöglichkeiten hinnehmen, eine beunruhigende Tatsache. Wie, so wird man fragen, kann das deutsche Volk die Tatsachen der internationalen Situation richtig einschätzen mit den Informationen, die ihm zur Verfügung stehen? Kann es verstehen, daß die »Isolierung« in Europa, von der seine Führer sprechen, vor allem ihr eigenes Werk ist? Kann es die Tatsachen richtig würdigen, wie den Mord an Dollfuß, die »Reinigung« vom 30. Juni, die Behandlung der Juden, der politischen Gefangenen und die Wirkung dieser Tatsachen auf die Meinung Europas? Ohne die richtige Kenntnis dieser Dinge muß aber das Zögern, die Gleichberechtigung Deutschlands anzuerkennen, die Sorge der Nachbarn um ihre Sicherheit, die Forderung nach Zusammenarbeit zur Organisation des Friedens als eine Hülfung von Ungerechtigkeiten erscheinen! Die Leichtigkeit, mit der in Deutschland Leidenschaft und Fanatismus zur Unterstützung jeder außenpolitischen Aktion entfacht werden kann, ist eine Tatsache von geradezu furchtbarer Bedeutung. Ohne eine gewisse Freiheit der Meinungsäußerung in der Presse und in öffentlichen Versammlungen wird der Staatsmann ein Schafhirt, aber kein Führer.«

Deutsche Streiflichter

Grundlagen der Selbstzerstörung

Der Vernichtungskampf gegen die beiden christlichen Konfessionen wird im Dritten Reich fortgesetzt. Die Zahl der Klöster, deren Besitz man unter dem Vorwand von »Devianschiebungen« — den ehrlichen gesetzlichen Weg wagt man nicht — zu enteignen sucht, wird nach neuesten katholischen Schätzungen mit etwa 50 angenommen. Die neueste Preserverordnung, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen ist, da sie jede nationalsozialistische Zeitung der Gnade von Hitlers ehemaligem Kompagniefeldwebel Aman ausliefert, bezeichnet die konfessionellen Zeitungen als besonders tadelns- und todeswürdig. Der lustige Präsident der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley hat just vor dem nationalen Feiertag, also dem Feste der Volksgemeinschaft, noch einmal die Auslieferung der »letzten Ueberreste konfessioneller Gesellenvereine« proklamiert und sich gerührt, sie zerschlagen zu haben. Er hat ausdrücklich hervorgehoben, »daß meine Anordnung, wonach Angehörige konfessioneller Gesellen- und Arbeitervereine nicht der Deutschen Arbeitsfront angehören können, das heißt, daß sie von einer Doppelmitgliedschaft ausgeschlossen sind, heute genau so Geltung hat wie damals, als ich sie traf«. Zugleich hat der Apostel des »Deutschen Glaubens« Professor Hauer eine große antichristliche Kampagne durch ganz Deutschland eröffnet. Er hat vor der deutschen Presse in Berlin verkündet, daß der deutsche Glaube auf denselben Grundsätzen beruhe wie die nationalsozialistische Bewegung: Blut und Boden. Das deutsche Volk sei in seiner Geschichte Gott begegnet. Das Dritte Reich werde seine Erfüllung in einer religiösen Erneuerung dieses Geistes finden. Hier wird also der Gründer des Nationalsozialismus durchaus als der deutsche Heiland ausgerufen, als der Messias einer »neuen Religion«, wie Professor Hauer sagt, die dem Christentum diametral entgegengesetzt sei. Uns interessiert die ganze Frage nur von einer Seite her: Der Religionsstreit ist für den Nationalsozialismus ein Problem politischer Machtbefestigung. Der nationalsozialistische Totalitätsanspruch verlangt den ganzen Menschen. Darum muß er mit jeder irgendwie gelastigten Bewegung in Konflikt geraten. Nur Illusionisten können hier Versöhnung anstreben. Alles spricht dafür, daß der pornierte Totalitätsanspruch zu den Grundursachen der Selbstzerstörung des Nationalsozialismus gehören wird.

Ludendorffs Verachtung

Die ganze deutsche Presse unterschlägt, daß der General Ludendorff den Marschallstab ablehnt, den ihm der Reichswehrminister von Blomberg zum 70. Geburtstag

angeboten hat. Der Führer des Weltkrieges, dem übrigens auch Arthur Rosenberg in seiner soeben erschienenen Geschichte der Deutschen Republik den größten General dieser Epoche nennt, verweigerte die Beförderung mit der selbstbewußten Geste: »Man kann zum Marschall ernannt werden, aber man wird als großer Feldherr geboren«. Der Reichswehrminister steckte die verachtungsvolle Antwort Ludendorffs, der lieber General der Infanterie bleiben will als Generalfeldmarschall werden von Hitlers und seines Ministers Gnaden schweigend ein. Ludendorff selbst übergab sein Schreiben der Öffentlichkeit. Es paßt so wenig in das Versöhnungstheater, das am 70. Geburtstag in Tutzing, allerdings in Abwesenheit Hitlers, aufgeführt worden ist, daß man es wirklich der deutschen Presse nicht übergeben konnte, wenn man dem deutschen Volke den schönen Glauben an die in Treue feste Gemeinschaft seiner früheren und jetzigen Helden erhalten will. Es scheint nicht so, als ob der gallige Ludendorff geneigt wäre, sich irgendwie als ein antiquiertes Dekorationsstück in dem großen Generalstab der neuen Armee eingliedern zu lassen. Er war selbst einmal allmächtiger Diktator und will befehlen. Schwerlich schätzt er den Gefreiten Hitler und dessen Kreaturen höher ein, als einen seinen allerhöchsten Kriegsherrn Wilhelm II., den er gelegentlich wie einen Trottel behandelt hat.

Ludendorff hat im letzten Jahrzehnt mancherlei geschrieben und gesagt, was mit Sicherheit darauf schließen läßt, daß der Sturz vom höchsten Gipfel der Macht das Innere seines Kopfes schwer lüdiert hat. So verückt ist er aber immerhin nicht, um die Qualität der derzeitigen deutschen Gewalthaber nicht einigermaßen richtig beurteilen zu können.

Falsche Ruhmestitel

Mrs. Eden, die Frau des englischen Lordziegelbewahrs, hat nicht den Ehrgeiz, Reichsjägermeisterin des britischen Imperiums zu werden. Der »Daily Express« hatte ihr angedichtet, sie habe, als sie nachts von einem Ball zurückkehrte, einen mächtigen Zehnder, der in die Lichter ihres Autos kam, zur Strecke gebracht, in dem sie noch im Ballkleid mit dem Jagdgewehr auf die nächtliche Pirsch ging. Mrs. Eden hat eine Berichtigung erzwungen. Nie habe sie geschossen, und nie habe sie ein Tier mutwillig getötet; sie scheint von der Jägeri nicht sehr hoch zu denken. Das ist als ihre private Angelegenheit nicht weiter interessant. Lehrreich für alle Welt ist aber die Nutzenwendung, die ein deutsches Blatt, die »Frankfurter Zeitung« (Nr. 207) aus dieser Geschichte zieht:

Aus dem deutschen Kulturkampf

Nach der Londoner »Times« sind die evangelischen Pastoren, die vor vier Wochen bei der letzten Kanzelaktion der Bekennniiskirche gegen den »Reichsbischof« in Haft — zum größten Teil wurden sie freilich nach vierundzwanzig Stunden wieder freigelassen — soweit sie ins Konzentrationslager befördert wurden nicht anders daran wie die »Marxisten«. Ihr Kopfhaar wurde geschoren und sie machen alle Zwangsarbeiten in Sträflingskleidung.

Drohungen gegen Arbeiter-Eltern

Im »Reichsverwaltungsblatt« erörtert Regierungsrat Dr. Heckel vom Oberpräsidium Breslau die rechtlichen Beziehungen zwischen Eltern und Hitlerjugend. Zunächst wird ganz offen zugegeben, daß Spannungen und »unzählige Reibungen« zwischen Elternhäusern und Hitlerjugend an der Tagesordnung sind. Dann bemerkt der hohe Schreiber, »in der alterlichen Gewalt habe das Elternhaus der HJ gegenüber die gesetzlichen Machtmittel in der Hand. Da ein Organisationszwang zugunsten der HJ nicht bestehe, könnten gegen den Willen der Eltern weder die HJ noch das Kind den Eintritt in die HJ erzwingen.«

Das klingt ganz hübsch, aber da es im Dritten Reich zur guten Sitte gehört, im Nachsatz alles zu widerrufen, was eingangs behauptet wurde, kommt auch hier das dicke Ende nach. Denn es heißt weiter,

»allerdings dürfe man den moralischen Druck einer so machtvollen Organisation nicht unterschätzen. Auch müßten sich die Eltern die Folgen der Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit ihrer Kinder zur HJ für deren Zukunft klar machen. Wenn in besonders krassen Fällen die Eltern willkürlich den Eintritt verböten, würde die Anwendung des § 1666 BGB in seiner erweiterten Auslegung vielleicht helfen (Erziehungsrecht kann bei Mißbrauch oder Vernachlässigung des Kindes entzogen werden).«

»Mrs. Edens Brief berührt sympathisch. Wenn alle Männer, die im Rampenlicht stehen, sich ebenso energisch gegen falsche Ruhmestitel wehren würden, wie diese Frau, würde der Geschichtsschreiber ihre Aufgabe bedeutend erleichtert werden.«

Das ist zweifellos ein ebenso meckerischer wie miesmacherischer Angriff auf die nationalsozialistischen Heldengestalten der deutschen Schulbücher, deren Weltkriegsgeschichte in der Erzählung gipfelt, wie Adolf Hitler sein Eisernes Kreuz I. Klasse dadurch gewann, daß er persönlich und ganz allein einige Dutzend Feinde umzingelte und gefangen abführte. Welcher Nationalität sie waren, ist allerdings noch nicht klar erforscht. Vielleicht wollte die »Frankfurter Zeitung« aber auch künftige Geschichtsschreiber warnen, die jetzige deutsche Presse als Quellen zu benutzen. Das ist freilich eine unnötige Sorge, jede künftige Historie wird diejenigen ins Dunkel verweisen, die jetzt im Rampenlicht der politischen Bühne stehen.

Betrogene Saarländer

Als die deutsche Saarpropaganda in schönster Blüte stand, hat Dr. Göbbels in einer Rückgliederungsdemonstration in Zweibrücken erklärt, daß die nationalsozialistische Reichsregierung, die vier Millionen Deutsche wieder in den Produktionsprozeß gebracht habe, mit der Arbeitslosigkeit von 60.000 Menschen im Saargebiet spielend fertig werden könne. Zwei Monate nach der Rückgliederung ist aber die Erwerbslosigkeit im Saargebiet nicht gefallen, sondern gestiegen.

Jetzt hat der Reichskommissar Bürckel in einer Rede zu Neunkirchen 100 Millionen Reichsmark für ein Saararbeitsbeschaffungsprogramm versprochen. Ob und wann sie kommen werden, weiß niemand. Es sind einstweilen nur unverbindliche Zusagen. Von unbestreitbarer Richtigkeit aber ist folgender Satz in Bürckels Rede: »Da die Unterbringung aller Erwerbslosen im Saargebiet unmöglich sein wird, wurden Bemühungen eingeleitet, für die überzähligen Arbeiter Beschäftigung im übrigen Reich zu finden. Diese Bemühungen sind zum größten Teile von Erfolg gewesen.« In der Tat ein schöner »Erfolg«: Man hat tausende Saarländer als Zwangsarbeiter in das östliche Deutschland verschickt, wo sie bei elender Ernährung gegen ein Taschengeld schuften müssen. Die Frage der Erwerbslosigkeit an der Saar wird durch Deportation »gelöst« und man begreift, daß die Betroffenen, und nicht nur sie, ihrer Enttäuschung in Klagen Luft machen, wie der, daß es ihnen ins Gehirn geregnet haben müsse, als sie am 13. Januar für Hitlerdeutschland stimmten. Hannes Wink.

Dieser Vorschlag ist so toll, ist so grundgemein, daß nicht gleichgeschaltete Hirne ihn kaum fassen können. Väter und Mütter, die ihre Kinder vor dem Verführerklüngel um Baldur von Schirach, vor Homosexualität, Rohheit, Denunziantentum und Ungeistigkeit bewahren wollen, Väter und Mütter, die es wagen, eine eigene politische Meinung zu vertreten, sollen auf eine Stufe mit verantwortungslosen Verbrechern gestellt werden, die ihre Kinder vernachlässigen, mißhandeln, die sie zum Stehlen anhalten und verderben. Leicht möglich, daß die neudeutsche sogenannte Rechtsprechung dazu übergeht, den § 1666 BGB künftig in dieser Weise auszulegen. Wenigstens soweit es sich um Arbeitereltern handelt, denn bei Vermögenden genügt ein Attest des Hausarztes, um den Jungen von der HJ zu befreien!

Avanciert

Der Dr. Best, bekannt als Verfasser der »Boxheimer Dokumente«, ist zum SS-Standartenführer avanciert. Als die »Boxheimer Dokumente« veröffentlicht wurden, hielt die naive deutsche Öffentlichkeit sie für den Ausfluß der überreizten Phantasie eines blutdürstigen jungen Mannes. Der Oberreichsanwalt begünstigte den Verfasser in schamloser Weise und ließ ihn laufen. Heute sind alle Blutphantasien des Best durch die braune Wirklichkeit übertroffen. Die Männer, die ihre Stimmen gegen den blutigen Wahnsinn erhoben haben, sind im Exil. Der Best aber ist heute einer der höchsten Beamten, die zur Verfügung des Bluthundes Himmler, des Chefs der Gestapo stehen, und der verbrecherische Oberreichsanwalt — ist immer noch Oberreichsanwalt.

Zweihundert sächsische Pfarrer haben eine

Hitler-Affen in Schweden

Man schreibt uns aus Stockholm:

Bisher gibt es in Schweden nicht weniger als drei nationalsozialistische Parteien und »Führer«. Ein Nichts gegen die Schweiz z. B., aber doch schon ein Anfang. Auffallend, selbst bei oberflächlichem Vergleich dieser Gruppen, ist die ungleiche soziale Schichtung und die daraus folgende Nuancierung des Auftretens. Was, aufeinandergetürmt, die Wucht der Hitler-Pyramide ausmacht, liegt hier noch nebeneinander, ungeordnet, oft widerstrebend. Lumpenproletariat, kleiner Mittelstand und »feine Leute« haben in Schweden, jeder für sich, ihre Hakenkreuzpartei.

Da wir gerade bei dem heiligen Zeichen sind: Während die Furugard-Nazis (Gruppe I) und die Lindholmer (Gruppe II) das schlichte Hakenkreuz zeigen, hat Gruppe III (Ekström — v. Rosen) ein merkwürdiges Gebilde auf ihre Fahnen gesetzt; angeblich soll es eine Verbindung aus Swastika und altskandinavischem Sonnenzeichen sein, ist aber eine scheußliche Mißgeburt, ein krummer Bastard unter den Hakenkreuzen.

Furugard, selbsternannter Führer der SNSP (Svenska Nat.-Soz. Partiet), ältester Vertreter des schwedischen Nazismus, begann seine Laufbahn schon 1929/30. Seine Gefolgschaft setzt sich in erster Linie aus Kleinrentnern und Studenten zusammen. Originalität ist kein Hauptzug der SNSP. Ihr Zeichen ist das Hitlerkreuz, ihr Schlachtruf »Schweden erwache!«, ihr Gruß »Hell Furugard« mit erhobener Hand, und um das Maß vollzumachen, schrieb ihr Führer, nach kurzem Aufenthalt im Langholm-Gefängnis, ein Buch mit dem Titel »Min Kampf«. Weiter geht's nicht mehr.

Lindholm, ein fanatischer Unteroffizier, Gründer der NSAP (nur D = Deutsch fehlt), ist der Mann, der das Lumpenproletariat unter seinen Fahnen sammelt. Sein Stil ist echt göbbelsch: Aufmärsche, Fackelzüge, »Diskussionen«, bei denen wahren Proleten die Nasen eingeboxt werden, Aufstellung von Schlägergruppen usw. Die heimliche Bildung von SA (alle Wehrverbände sind in Schweden verboten) hat ihm kürzlich eine Polizeirazzia und Verhaftung der gesamten Parteiführung eingetragen.

Die »feinen Leute« bevölkern »den Nat.-Soz. Block«, in dem — Welch ein Zufall! — Graf Eric v. Rosen, Görings Schwager, den Ton angibt. Offizieller Führer dieser Gruppe ist Oberst Ekström, ein Herr, der in Deutschland den Krieg mitgemacht, in der persischen Polizei herumgefunkt und finnische und estnische Weißgardisten gegen die Sowjet-Union geführt hat, also eine hervorragende Eignung zum Nazi-Bandenführer besitzt. Da ihm jedoch jede Spur rednerischer Begabung abgeht, liegt die tatsächliche Leitung der Gruppe bei dem Herrn Grafen, einem smarten jungen Mann, der, wie »Aftonbladet« kürzlich ohne jede Ironie meinte, einem »humanen« National-Sozialismus das Wort redet.

Hier muß ein Wort über die »Zutreiberpresse« gesagt werden. Daß das liberale Geschäftsblatt »Dagens Nyheter« das Juden Bonnier sich nicht scheut, seinen Anzeigenteil unverhüllten Nazi-Annoncen zu öffnen (am 30. Januar 1935 z. B. erschien dort eine Versammlungs-Ankündigung des Nat.-Soz. Blockes), kann schließlich mit einem Achselzucken abgetan werden. Schlimmer ist die geschmacklose Reklame, die eine andere liberale Zeitungsgruppe, Stockholm-Tidningen—Aftonbladet, für die schwedischen und ab und zu sogar für die deutschen Nazis macht. Der Vergleich mit gewissen Erachebungen des deutschen Pressewesens vor Hitler liegt um so näher, als selbst ein recht konservatives Blatt, wie »Svenska Dagbladet«, sich läberlich von jedem Nazi-Zutreibertum freihält. Offen nazi- und hitlerdeutsch-freundlich ist »Nya Dagligt Allehand«, ein Organ, das nachweislich aus deutschen Reklamequellen gespeist wird.

Bisher hat der Nazismus in Schweden kein Mandat zu erringen vermocht. Der »Marxismus« ist die Ueberzeugung eines sehr großen Teiles der rein arisch-germanischen Schweden, und sie denken nicht daran, die sozialdemokratische Regierung mit einer Diktatur von Verrückten zu vertauschen. Einen neuen starken Auftrieb glaubte das schwedische Hakenkreuzertum durch den Saarsieg des Hitlersystems zu erhalten. Aber die Danziger Wahl hat ihre Gesichter wieder in die Länge gezogen.

W. K.

Kampf um die Weichselmündung

Trübung zwischen Warschau und Berlin — Die Opferung der Minderheiten

Die Danziger Volkswahlen haben das bemerkenswerte Ergebnis gezeigt, daß die deutsch-polnischen Beziehungen, die ohnedies durch die Behandlung der polnischen Minderheiten in Deutschland und der deutschen Minderheiten in Polen stark belastet sind, eine weitere Trübung erfahren haben. Die von der offiziellen Naziführung in Danzig ausgegebene Parole »Zurück zum Reich« ebenso wie die Kampfreden von Göring, Göbbels, Heß, Streicher und während der Danziger Wahlkampagne haben in den der polnischen Regierung nahestehenden konservativen Kreisen Empörung und Entrüstung ausgelöst. Die Folge war, daß in der polnischen Regierungspressen mit starkem Nachdruck der Standpunkt vertreten wurde, wenn Polen unabhängig sein wolle, so müsse die Weichselmündung sich in polnischen Händen befinden! Wer die Hand nach Danzig ausstrecke, bedrohe die Existenz des polnischen Staates!

In Polen ist der Ausgang der Danziger Wahlen mit Befriedigung aufgenommen worden, da er den Plan Berlins durchkreuzte, gestützt auf eine Zweidrittelmehrheit bei den Wahlen einen Staatsstreich auf »kaltem Wege« in Danzig durchzuführen. Wenn auch die offizielle Regierungspressen sich reserviert verhält, so sprechen die der Regierung nahestehenden Blätter ihre Genugtuung darüber aus, daß der Vorstoß Deutschlands gegen die Weichselmündung mit einem Fiasko geendet habe. Selbst der konservative deutsch-freundliche »Czas« schreibt, die Danziger Wahlen seien für die deutsch-polnischen Beziehungen eine schwere Belastungsprobe gewesen und diese »Feuerprobe« habe Deutschland unbefriedigend überstanden.

Zu dieser Belastungsprobe kommen aber ständig immer weitere hinzu. In den deutsch-polnischen Grenzgebieten, insbesondere in Pomerellen, ist es in den letzten Wochen zu blutigen Zusammenstößen zwischen Deutschen und Polen gekommen. Die verstärkte Aktivität deutscher nationalsozialistischer Vereinigungen in Polen, die über reiche Geldmittel aus dem Reich verfügen, haben auf polnischer Seite die deutschfeindliche Stimmung verstärkt und Repressivmaßnahmen der Behörden erzeugt. Die Regierung wendet sich gegen die sogenannte »Deutschumspropaganda« und hat den Behörden Anweisungen erteilt, sehr scharf durchzugreifen. In Posen sind drei deutsche Tageszeitungen wegen ihrer »scharfen polenfeindlichen Hetzkampagne« von der polnischen Zensur konfisziert worden. Das Warschauer Regierungsblatt, »Kurjer Poranny«, veröffentlichte am 26. April einen Artikel, in dem

das Verhalten der Deutschen in Pomerellen, Posen und Oberschlesien auf das schärfste verurteilt wird. In diesen Gebieten werde seit mehreren Wochen offen antistaatliche Propaganda betrieben. Emissäre der Deutschen Vereinigung und der Jungdeutschen Partei verkündeten, daß bald der Tag der Angliederung dieser Gebiete an Deutschland entweder auf militärischem Wege oder auf Grund einer Entscheidung Genfs kommen werde. Die jüngsten blutigen Zusammenstöße in Pomerellen seien eine Reaktion der polnischen Bevölkerung, welche nicht geneigt sei, die Germanisierungsaktion in den polnischen Westmarken zu dulden.

Diese Anklage des polnischen Regierungsblattes steht keineswegs vereinzelt da. Schon seit Monaten wird in der polnischen Presse darüber geklagt, daß die polnischen Minderheiten in Deutschland ihrer durch die Minderheitengesetzgebung garantierten Rechte verlustig gehen. Besonders seien es die Germanisierungsbestrebungen der deutschen Behörden, die Verfolgung der Geistlichkeit und der kirchlichen Vereinigungen, die Erbhofgesetzgebung und der Arbeitsdienst, gegen die sich die polnischen Minderheiten wendeten. Der »Kurjer Warszawsky« schrieb kürzlich in einem Bericht aus Oppeln: »Die braunen Germanisatoren haben sich nicht nur als würdige Nachfolger ihrer Vorgänger erwiesen, sondern haben es verstanden, sie in mehr als einer Hinsicht zu übertreffen.« Anfang April veröffentlichte eine Reihe der hervorragendsten sozialen Organisationen Polens, zum größten Teil solche, die der Regierung nahestehen, in der polnischen Presse eine Erklärung über die Entrechtung der polnischen Minderheiten in Deutschland. Diese Entrechtung stehe im Gegensatz zu den Beteuerungen Hitlers, daß die Rechte der polnischen Minderheiten in Deutschland uneingeschränkt gewahrt bleiben würden. Und in dem bereits zitierten Artikel des »Kurjer Poranny« heißt es, nach einer Schilderung der Verfolgung und Entrechtung der Polen in Deutschland, die 120 Fälle von Mißhandlungen polnischer Wähler während der letzten Danziger Volkstagswahlen hätten den Beweis erbracht, daß das expansive Deutschum nicht die Notwendigkeit einer »moralischen Abrüstung« anerkenne.

Zeigen diese Äußerungen polnischer Regierungsorgane mit aller Deutlichkeit, daß unter der Decke des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages eine starke Mißstimmung und ein heftiges Mißtrauen gegen den deutschen Partner lebendig geblieben sind, so ergibt sich andererseits, aus den Klagen und Beschwerden der deutschen

Minderheiten in Polen, daß diese vollkommen schutzlos den Polonisierungsbestrebungen der polnischen Behörden preisgegeben sind. Seit dem Ausbruch der deutsch-polnischen Freundschaft fühlen sich die Deutschen in Polen verraten und verkauft und haben jedes Zutrauen zu Berlin verloren. Während sie unter der »Weimarer Judenrepublik«, die sich auf die Minderheitengesetzgebung stützte, in jeglicher Weise geschützt wurden, sind sie jetzt den außenpolitischen Spekulationen Hitlers und Rosenbergs zum Opfer gebracht worden. Was bedeuten schließlich die Interessen von zwei Millionen Deutschen in Polen, wenn man dem Traum der Eroberung der Ukraine nachjagen kann! Inzwischen werden die deutschen Minderheiten in Polen wirtschaftlich und kulturell mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. In den Industriewerken Osterschlesiens werden die deutschen Angestellten in Massen gekündigt. Wie die Bromberger »Deutsche Rundschau« berichtet, herrscht unter ihnen helle Verzweiflung. Die polnischen Maßnahmen richten sich auch gegen die deutschen Grundbesitzer. Wie die »Deutsche Rundschau in Polen« meldet, sollen in Posen und Pomerellen neuerdings 25 Güter enteignet werden, davon 17 Deutsche. Der Parzellierungsplan für 1936 gibt weitere 18.000 Hektar als Enteignungsfläche an. »Die Waffe der polnischen Agrarreform« — schreibt das Blatt — zielt auch in diesem Jahre in erster Linie gegen das Deutschum. Sie ist ausschließlich als Mittel der Entdeutschung der Westgebiete gedacht.

So stehen sich trotz des Freundschaftsvertrages die Germanisierung in Deutschland und die Polonisierung in Polen als gleichwertige Partner gegenüber. Der Nationalismus der Regierungen tut sich auf dem Rücken der werktätigen Schichten des Volkes, der Arbeiter, Angestellten und Bauern aus. Die Minderheitenschutzgesetze des Völkerbundes sind von den Diktatoren hüben und drüben zerrissen worden. Die Freundschaftsbeteuerungen der Diplomaten sind dafür kein Ersatz, denn hinter ihnen lauert das gegenseitige Mißtrauen und der Wunsch, bei günstiger Konstellation dem Partner den Schädel einzuschlagen. Das gegenwärtige deutsch-polnische Verhältnis ist ein Schulbeispiel dafür, daß faschistische Diktaturen am allerwenigsten in der Lage sind, komplizierte nationale Probleme zu lösen. Ihre Etablierung führt vielmehr nur dahin, daß die Interessen der nationalen Minderheiten der nationalistischen Gewalt- und Erpresserpolitik zum Opfer gebracht werden.

Die deutsche Emigration in der Tschechoslowakei

Zwei Jahre beherbergt die Tschechoslowakische Republik deutsche Emigranten. Der Presse, und damit der Öffentlichkeit, über die Situation der deutschen Emigranten Aufklärung zu geben, hat sich das »Tschechoslowakische Nationalkomitee für die deutschen Emigranten« entschlossen, ein umfassendes Memorandum vorzulegen.

Man weiß, daß die deutsche Emigration in der Tschechoslowakei nur ein Teil der Gesamtmigration ist, die etwa 65.000 Menschen, davon 40.000 bis 45.000 Juden, umfaßt. Nach einem Bericht des Hohen Kommissärs in London haben 28.200 Emigranten eine neue Heimat und damit eine neue Existenz gefunden.

25.000 Emigranten befinden sich noch unversorgt in den verschiedenen Ländern, davon 1500 in der Tschechoslowakei. Die Möglichkeiten der Betätigung des Emigranten in wirtschaftlicher Hinsicht sind auf Grund der wirtschaftlichen Schutzgesetze in der Tschechoslowakei gleich Null. Arbeitsbewilligungen sind nicht an deutsche Emigranten erteilt worden.

Zu der oft alarmierend berichteten politischen Betätigung der deutschen Emigranten sagt das Memorandum, daß, soweit eine solche Betätigung überhaupt festgestellt werden konnte, es sich stets um den Kampf gegen das faschistische Regime in Deutschland gehandelt hat.

Die deutsche Emigration sorge selbst dafür, labile Elemente auszuschalten. Aber das Memorandum macht mit Recht auf die außerordentlichen Schwierigkeiten aufmerksam, die durch die deutsche Devisengesetzgebung für manche Emigranten, die sich aus Familienunterstützungen selbst unterhalten könnten, geschaffen worden sind.

Die Leistungen der Komitees sind beträchtlich. Ueber 6 Millionen Kronen wurden

aufgebracht. Diese Mittel sind im Inlande restlos verbraucht worden, und nur ein Teil der aus dem Auslande bereitgestellten Beiträge wurden für Fahrgelder wandt.

Die Mittel, die 970 unterstützungsbedürftigen Emigranten weiter zu erhalten, sind im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftskrise schwer zu bekommen. Nach einem vorsichtigen Voranschlag würden für das ganze Jahr 1935 in der Tschechoslowakei Ks 1.520.000.— gebraucht werden.

»Die weitere Erhaltung dieses wichtigen sozialen Werkes ist nur mit Hilfe des Staates möglich, da keine Emigration auf die Dauer aus privaten Mitteln erhalten werden kann, um so mehr, als den Emigranten keine gesetzliche Möglichkeit gegeben wird, sich selbst zu erhalten.«

Das gilt sicherlich nicht nur für die Tschechoslowakei, sondern für die anderen Länder auch; wie auch die Forderung, das Asylrecht in vollem Umfange aufrechtzuerhalten und so den besten demokratischen Traditionen dieses Staates zu huldigen, ein Postulat ist, welches für alle anderen Emigrationsländer in gleicher Weise gilt.

Kerker und Narrenspiel

Gelegentlich einer Versammlung des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen, Bezirk Königsberg, wartete Erster Staatsanwalt Pg. Dr. Schäfer mit bemerkenswerten Ziffern auf. Die preußischen Strafanstalten, so berichtete er,

»hatten im Jahre 1913 täglich 53.700 Gefangene zu verzeichnen. Diese Zahl fiel bis auf 30.000 im Jahre 1929. Sie schnellte 1933 auf 56.928, um 1934 einen Stand von 64.033 zu erlangen. Die gleichen Feststellungen ergaben im Bezirk Königsberg im Jahre 1929 eine Zahl von 1638, 1934 waren es 3217.«

Der Herr Erster Staatsanwalt war sehr stolz auf diese Ziffern und gab seiner Freude Ausdruck, daß mit der »Verweichlichung im liberalistischen Strafvollzug« endlich aufge-

räumt worden sei. »Auch das Bild der Gefängnisanstalten habe sich völlig verändert:

»Die gesamte Lebenshaltung der Gefangenen ist eingeschränkt worden. Verschärfte Hausstrafen unterstützen Zucht und Ordnung. Der Schriftverkehr wird scharf überwacht, das Beschwerderecht ist enger begrenzt. Vergünstigungen wie Raucherlaubnis, Geburtstags- und Weihnachtspakete usw. fallen fort.«

Und alles dies, so betonte der Rechtsbüter, sei ein hoher Verdienst des Nationalsozialismus.

Die ostpreussischen Zeitungen, die diese Feststellung begeistert wiedergaben, teilten am selben Tage mit, daß in Königsberg, also in eben jener Stadt, die stolz eine Verdoppelung ihrer Gefängnisziffer melden darf, eine riesige »Freitanzfläche« geschaffen wird.

»Sie wird in dem Ausmaße von 20×20 Metern zum fröhlichen Tanz am 1. Mai von der NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« errichtet.«

Die Arbeiter bezahlen sowohl die Freitanzfläche wie die Gefängnisziffern für ihre eingekerkerten Kameraden. Ueberfüllte Gefängnisse und kostspielige Zwangsfeste, Knute, Narrenspiel und im Hintergrunde der Hunger: Das ist Hitlers erneuertes Reich.

Auf behördlichen Befehl

Ueber den letzten Judenpogrom in Allenstein erfahren wir: Nach einer Amtswalterversammlung am 2. April 1935, auf der der Kreisleiter und Oberbürgermeister der Stadt Allenstein, gegen Juden hetzte, durchsogen Sprechchöre von mehreren 100 Nationalsozialisten in Zivil zirka 3 — 4 Stunden lang die ganze Stadt, zerschlugen unter dem Ruf »Juda verrecke« alle Fensterscheiben sämtlicher jüdischen Geschäfte und entwendeten Auslagen. Die Polizei sah diesem Treiben tatenlos zu und nahm keinerlei Verhaftung vor.

Gedrückte Stimmung im Dritten Reich

Grenzen des deutschen Mordpatriotismus

Um 15 bis 20 Prozent ist nach den Angaben des Konjunkturinstituts das Einkommen der industriellen Unternehmen im Jahre 1934 gestiegen. Die Geschäftsberichte zeigen auch in der Tat namentlich für die Werke der Schwerindustrie und der meisten Produktionsmittelindustrien starke Erhöhung der Dividenden neben verstärkten Abschreibungen und vermehrte Reservenbildung. Rückgangskonjunktur!

Und doch! Berichte aus deutschen Unternehmerkreisen lauten übereinstimmend dahin, daß trotz der augenblicklich günstigen Lage die Stimmung recht gedrückt ist und immer wieder die Frage auftaucht, wie lange es denn eigentlich so weitergehen könne.

Und diese Stimmung spiegelt sich wider an den deutschen Börsen. Diese waren in der letzten Zeit ganz munter gewesen; die Aktienkurse gingen infolge der gebesserten Dividendenaussichten langsam in die Höhe, und auch die festverzinslichen Papiere zeigten, vor allem auch infolge zahlreicher Stützungsmaßnahmen, einen Aufstieg. Die auswärtigen Einflüsse, die andauernde Währungsunsicherheit zumal, übten bei der immer sich steigenden Abschließung Deutschlands von der Weltwirtschaft nur geringen Einfluß. Aber seit einigen Tagen hat sich dies Bild geändert. »Die Börse war bei sehr stillem Geschäft überwiegend abgeschwächt«, heißt es in den Berichten über die Berliner Börse z. B. vom 25. und 26. April. »Die Ausführungen der Reichsbankdirektionen Dreyse und Blessing veratmen nach wie vor... Die Erörterungen über die Exportförderungsmaßnahmen und ähnliches drücken auf das Niveau.«

Wir haben hier schon dargestellt, wie Schacht sich seit vielen Wochen bemüht, einen Fonds von einer Milliarde aufzubringen, um durch Ausdehnung des Dumpingexports sich mehr Devisen für die Einfuhr der Rüstungsrohstoffe zu schaffen. Aber obwohl Schacht diese Maßnahme in letzter Zeit mit aller Bestimmtheit angekündigt hat, hat die Durchführung bisher auf sich warten lassen. Von der berühmten »Schlagartigkeit« der Diktaturmaßnahmen ist bisher nichts zu sehen, und das hat seine guten Gründe. Denn das feindliche Ausland will nun einmal nicht seine Waren gegen Schachtwechsel abgeben; die Milliarde muß bar aufgebracht werden durch eine neue Besteuerung von Industrie, Handel und Verkehr, und gegen diese Steuer wehren sich diese kapitalistischen Kreise. Und da es sich eben nicht um Arbeiter und kleine Leute handelt, so ist Schacht bisher nicht weitergekommen.

Die Kapitalisten haben für ihre Weigerung ganz gute Gründe. Wir, wir sollen 1 Milliarde aufbringen, um dem Ausland noch mehr Waren unter unseren Gestehungskosten zu verkaufen? Wir sollen der deutschen Wirtschaft eine Milliarde entziehen, um sie dem Ausland zu schenken? Bisher haben die ausländischen Gläubiger, denen wir keine Zinsen mehr zahlen und deren Kapital wir uns in immer größerem Umfang aneignen, das Dumping finanziert. Das war nationalsozialistisch. Aber selbst den Schleuderelexport bezahlen, um Kriegserohstoffe einführen zu können, das übersteigt denn doch den berechtigten Anspruch an unseren Patriotismus.

Doch Schacht zuckt die Achseln: die muß ich haben, der Führer will es.

Die Kapitalisten beginnen weltwirtschaftlich zu argumentieren: Die forcierte Dumpingausfuhr steigert die Krise, verhindert jede weltwirtschaftliche Erholung. Die anderen werden sich das Schleudern nicht gefallen lassen und Gegenmaßnahmen ergreifen. Dieser Weg geht nicht.

Doch Schacht zuckt die Achseln: Die haben sich bisher alles gefallen lassen, sie werden auch das noch schlucken. Wenigstens eine Zeit lang. Unterdessen kann ich meine Vorräte an Kriegsmaterial weiter auffüllen.

Die Kapitalisten argumentieren volkswirtschaftlich: Müssen wir von unserem Inlandsabsatz eine Steuer zahlen, so müssen wir die Preise erhöhen. Aber das deutsche Preisniveau ist schon überhöht. Gerade wegen der hohen Preise, die durch die Politik des Reichsnährstandes und durch einen neuen Plan erzeugt worden sind, sind wir immer mehr exportunfähig

geworden. Neue Preissteigerung, die notwendige Folge neue Abgabebelastung, wird den Export stärker schädigen, als ihn eine Subvention fördern kann.

Schacht bleibt unerbittlich: Ihr dürft eben die Preise nicht erhöhen, sondern müßt ein Opfer bringen. Ich sage mit meinem neuen Volksgenossen Dr. Ley: an Opfern ist noch kein Volk zerbrochen. Löhne und Preise bleiben stabil, wozu habe ich den Goerdeler.

Aber die Kapitalisten sind wütend: Zum Teufel, wir sind doch keine Arbeiter! Denen kann der Ley erzählen, daß Volksgemeinschaft Opferbereitschaft bedeutet. Aber uns Wirtschaftsführern?

Schacht sucht zu begütigen: Es ist hart, aber wir müssen die Rohstoffe haben: Kriegswirtschaft geht von Individualwirtschaft. Das ist Nationalsozialismus. Der Führer will es.

Die Kapitalisten werden bedenklich. Die Sache wird bräunlich. Zwar kann man noch genug »technische« Schwierigkeiten machen. Wie soll denn diese Exportabgabe eigentlich verteilt werden? Was soll die Bauindustrie beitragen, die fast gar nicht exportiert, und was Industrien, die 60 und mehr Prozent ihrer Produktion in den Tagen des verruchten Systems auf den Weltmärkten absetzen? Was Banken und Eisenbahnen, was der Handel? Aber sie fühlen dumpf, auf die Dauer wird das nicht helfen. Kriegsgebot!

Da kommt einigen ein rettender Gedanke. Wie, wenn wir's also so machen, als ob schon wirklich Krieg wäre? Wie wär's mit exportfördernder Inflation?

Schacht verläßt die Sitzung. Er ist ernstlich böse. Inflation! Wem sagen Sie das! Im Innern mach ich ja, was ich kann und so lange es geht. Aber nach außen? Kein Ausländer gibt mir Ware gegen Mark, zu welchem Kurs immer ich sie ihm anböte. Er will den Gegenwert in Ware oder in Devisen. Es geht nicht anders, sie müssen die Milliarde herausrücken. Und er befiehlt seiner »Gefolgschaft« eine neue Attacke.

Zunächst muß der Vizepräsident Dreyse beweisen, daß es mit der Fortsetzung des bisherigen Politik der Arbeitsbeschaffung nicht immer so weitergehen könne: Da die Mittel für das Investitionsprogramm weder durch Steuern noch durch Anleihen aufgebracht worden sind, so mußte die Reichsbank durch Bereitstellung kurzfristiger Kredite zunächst helfend einspringen. Eine solche Politik der Kreditausweitung trage aber erklärlicherweise gewisse wirtschafts- und währungspolitische Gefahren in sich. Man hätte das nur tun können in der Gewißheit, nicht genötigt zu werden, die Grenze des tatsächlich Möglichen zu übersteigen. Und dann wendet sich Dreyse mit großer Erregung gegen eine Wiederholung des »Betrugs der Inflation«.

Der banale Artikel hat in Deutschland großes Aufsehen erregt. Mit Recht, denn er ist ein Beweis dafür, daß Schacht mit starkem Inflationstendenzen zu kämpfen hat, die von der Exportindustrie und den Agrariern von je vertreten worden sind und neuerdings offenbar an Stärke gewonnen haben.

Noch deprimierender namentlich auf die Börsen haben die Ausführungen des Reichsbankdirektors Blessing gewirkt. Auch er erklärt, daß die Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln nicht unbegrenzt fortgesetzt werden könne. Dazu komme aber noch die Gefahr mangelnder Rohstoffversorgung. Deshalb müsse jedes Unternehmen das menschenmögliche tun, um die Ausfuhr zu steigern:

»Dieser Pflicht darf sich keiner entziehen, und es darf auch keiner vor der schwierigen finanziellen Kalkulation dadurch ausweichen, daß er die Preise im Inland erhöhen will. Vielmehr muß vorübergehend eine Verringerung nicht bloß der Ausschüttungen, sondern, wenn es nicht anders geht, auch der Abschreibungen, Reservenbildung oder nicht notwendiger Investitionen in Kauf genommen werden, um ohne Preiserhöhung mit den schlechten Erlösen des Auslandsgeschäfts auszukommen, wenn nur so ein genügendes Maß an Ausfuhr beschafft werden kann, um den Rohstoffbezug, von dem doch schließlich alles, Wirtschaftsbelebung,

Reservenbildung, Investitionen und Gewinnausschüttung, abhängt, zu sichern.«

Man sieht, es ist ein wahrer Notschrei! Und da man schließlich weiß, daß die Kapitalisten nicht freiwillig aus »Ausschüttungen«, also auf Ertrag, verzichten und noch dazu einen Teil der Substanz in Form nichtverdienter Abschreibungen dem Ausland opfern werden, so hat die deutsche Öffentlichkeit in dem Artikel die Ankündigung staatlicher Zwangsmaßnahmen zur Förderung der Ausfuhr erblickt, die den Profit, ja die Erhaltung der Substanz wichtiger deutscher Industrien bedrohen. Verringerung oder Einstellung der staatlichen Subventionen und zwangsweiser Verlustexport zugleich — das ist zuviel auf einmal, und die Trauerstimmung, die in die deutschen Börsen einzieht, ist begreiflich. Schön war's, so lange die deutsche Kriegskonjunktur aus Lohnsenkung, Konsumdrosselung und vom Ausland finanziert worden ist bei rasch steigenden Profiten, aber sobald es an den Profit selbst herangehen soll, hat auch der deutsche Mordpatriotismus seine Grenze.

Das ist der Konflikt, in den Schacht augenblicklich mit seinen kapitalistischen Klassengenossen geraten ist. Kein Zweifel, daß er zugunsten und nach den Geboten der Kriegswirtschaft zunächst gelöst werden wird. Aber aus diesem Konflikt, der hier stets vorausgesagt worden ist, werden neue und schwierigere entstehen. Denn diese Kriegswirtschaft muß mit den Existenzbedingungen jeder Wirtschaft in immer schärferen Widerspruch geraten.

Dr. Richard Kern.

Gute Zeiten für den Farbentrust

Die stärksten deutschen Festungen sind die Werke des Farbentrusts. Was in ihren Direktionszimmern und Laboratorien ausgeheckt wird, ist für die deutsche Kriegerrüstung entscheidender als die Pläne der Herren Blomberg und Göring. Ohne Ersatzstoffproduktion gibt es keine Abwehr einer Blockade, ohne künstlichen Stickstoff keine Munitionserzeugung und ohne Giftgase keinen Gasangriff. Die Ersatzherstellung ist eine der wichtigsten Teile der deutschen Aufrüstung. In ihrem Geschäftsbericht für 1934 legt die I.-G.-Farbenindustrie gar keinen Wert darauf, zu leugnen, daß die Zunahme der Produktion so gut wie vollständig im Dienste der Ersatzproduktion gestanden hat. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, die Belegung habe sich dank den Regierungsmaßnahmen weiter fortgesetzt und die Steigerung des Inlandsabsatzes sei insbesondere auf den neuen Arbeitsgebieten erfolgt, die die Stärkung des einheimischen Rohstoffbedarfs zum Ziele haben. Vom Export wird gesagt er sei »im Ganzen leicht rückläufig« gewesen. Die Steigerung der Produktion und, was noch wichtiger ist, der Produktionsfähigkeit ist also ausschließlich durch den behördlich angeordneten Zwang zur Verarbeitung von Ersatzstoffen bedingt.

Die Höhe dessen, was der Farbentrust an der Kriegerrüstung des Dritten Reiches verdient hat, ist aus den Gewinnziffern der Bilanz nicht ersichtlich. Die gesetzliche Beschränkung der Dividende kommt einem gesetzlichen Zwang gleich, noch mehr Gewinnverschleierungen zu betreiben, als vordem üblich gewesen ist. Die Gewinne, die man der Öffentlichkeit nicht zeigen darf, müssen durch übermäßige Abschreibungen unsichtbar gemacht werden. Es besagt also nicht viel, daß die Dividende mit 7 Prozent nicht höher als 1933 und daß der Reingewinn nur von 50 auf 53 Millionen Mark gestiegen ist. Auch aus dem ausgewiesenen Rohgewinn, der um 14 Prozent zugenommen hat, kann man die wirkliche Profitsteigerung nicht ablesen, weil er offenbar durch Abzug der Abschreibungen errechnet ist. Diese Abschreibungen sind versteckte Ueberschüsse. Das ergibt sich klar daraus, daß nach Angabe des Geschäftsberichts 77 Millionen Mark in Neuanlagen gesteckt worden sind, daß aber in der Bilanz der Wert der Anlagen nicht größer, sondern sogar kleiner geworden ist. Es ist also nicht nur der Wert der Abnutzung, sondern der volle Wert der Neuanlagen abgeschrieben, die Neuanlagen also aus laufenden Ueberschüssen bezahlt worden. Der Trust konnte diese riesigen Aufwendungen machen, ohne einen Pfennig Mehrverschuldung. Die laufenden Verpflichtungen werden sogar von den

baren und barartigen Mitteln noch um 50 Millionen überdeckt. Das beweist, daß die Investitionen des Farbentrustes mittelbar oder unmittelbar von der Hitlerregierung bezahlt worden sind. Die Faserstoffverordnung, die die Verwendung von Kunstfasern anbefiehlt, ist eine splendide Liebesgabe der Hitlerregierung an den Chemietrust.

Es heißt im Geschäftsbericht, daß die Gesellschaft bemüht war, die Rohstoffzufuhr mit Rücksicht auf die allgemeine Devisenlage durch Aufnahme von Krediten im Ausland zu finanzieren. Infolgedessen hätten die erheblichen Deviseneingänge fast ohne Klürzung der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden können. Damit hat der Chemietrust Herrn Schacht, einen doppelten Dienst geleistet. Erstens sind Devisen gespart worden, ohne daß die Einfuhr vermindert zu werden brauchte. Zweitens kann Schacht, wenn die Zahlungsfrist dieser Kredite abgelaufen ist, unter Hinweis auf den Devisenmangel sich von der Rückzahlung drücken. Der Farbentrust unterstützt also auf diese Weise Schachts betrügerische Methode, Rohstofflager auf Kosten ausländischer Lieferanten aufzuhäufen. Der Chemietrust erweist sich aber der Hitlerregierung auch sonst noch für ihre großen Geschenke mit kleinen Gegengeschenken erkenntlich. Er hat mit einem Teil seiner Barmittel die Pumpwirtschaft des Dritten Reiches unterstützt. Der Bestand an Schatzanweisungen hat von 20 auf 54 Millionen und von Wertpapieren von 24 auf 37 Millionen Mark zu genommen. G. A. Frey.

»Kühle Zurückhaltung«

Das hauswirtschaftliche Jahr und die Spitzelangst.

Das »hauswirtschaftliche Jahr« ist in Hitlerdeutschland mit viel Geschrei angekündigt und vorbereitet worden. Mit den schulentlassenen Mädchen, so hieß es, habe es von nun an keine Not mehr. Jede, die in keinem Beruf unterzubringen sei — und die wenigsten sind unterzubringen — könne bei einer deutschen Hausfrau in die Lehre gehen und dort in allen Tugenden einer arischen Idealgattin unterrichtet werden. Schlicht um schlicht solle man einig werden, das heißt, das Mädchen dürfe arbeiten und die Hausfrau brauche dafür nichts zu bezahlen.

Hauswirtschaftliche Lehrlinge fanden sich übergenug, denn die Berufsberatungen fackelten nicht lange: Entweder du dienst dein hauswirtschaftliches Jahr ab oder du gesätst in den Ruf arbeitsscheu zu sein und kannst sehen, wo du bleibst. Ja, Lehrlinge gibt es, aber ein anderes, unerwartetes Hindernis ist eingetreten — die Meisterinnen fehlen! Trotz der Lockung, die darin liegt, unbezahlte Arbeitskräfte zu gewinnen, scheinen die Hausfrauen ein Haar in der mit viel Volksgemeinschaftsaphrasen gewürzten Suppe gefunden zu haben.

Was gefällt ihnen nicht? Nun, manche mögen selbst die geringe Ausgabe für Verköstigung und Unterbringung des Lehrlings gescheut, die weitaus meisten aber dürft der Gedanke geschreckt haben, sich einen Privatpitzel ins Haus zu nehmen. Denn Familienanschluß wurde zur Bedingung gemacht. Und heute, da im braunen Edelreich sogar Kinder ihre eigenen Eltern belauern und denunzieren, kann so ein vierzehnjähriges Hitlerjugend-Mädchen das größte Unheil anrichten, selbst wenn es sich nichts Böses denkt und nur auf scheinbar harmlose Fragen etwaiger Aushorcher scheinbar harmlose Antworten gibt. Und so bekamen denn die NS-Frauen, die um gütige Aufnahme ihrer Schützlinge anknöpften, einen Korb nach dem anderen. Jetzt klagt das Soziale Amt der Reichsjugendführung,

daß die Erwartungen, die man an die Einrichtung des hauswirtschaftlichen Jahres geknüpft hatte, sich bisher nicht erfüllt haben. Die Menge der Haushaltungen, die für die Aufnahme eines schulentlassenen Mädchens zur Verfügung stehe, stehe wegen ihrer Geringfügigkeit in keinem Verhältnis zu der Zahl der Mädchen, die die Wahl eines Berufes ein Jahr zurückgestellt haben und während dieser Zeit ohne Bezahlung in einem Haushalte arbeiten wollen. Das Haupthindernis liege offenbar in der Bedingung, daß das junge Mädchen in die Haus- und Wohngemeinschaft der Familien aufgenommen werden müsse und daß die Hausfrau auch gleichzeitig die Verantwortung für die Ausbildung des Mädchels übernehme. Es müsse aber für diese Kreise ein beschämendes Gefühl sein, zu sehen, wie das Vertrauen, das unsere Mädel der deutschen Hausfrau entgegenbringen, hier auf eine kühle, undurchdringliche Zurückhaltung stoße.

Aus dieser bereiten Klage geht hervor, daß die Volksgemeinschaft sich immer inniger gestaltet. Die einzelnen Familien sind von dem Überhand nehmenden gegenseitigen Vertrauen so durchdrungen, daß sie nicht einmal unbezahlte Arbeitskräfte in ihren Kreis aufzunehmen wagen. Denn wo ein Spitzel ist, da ist das Konzentrationslager nicht weit.

Fritz Husemann, der Arbeiterführer

Es sind hunderte, es sind tausende von Männern aus den Reihen der deutschen Arbeiterklasse von Hitlers Mörderbanden erschlagen und zertrampelt, »auf der Flucht erschossen« oder durch vorge-täuschten »Selbstmord in einem unbeobachteten Augenblick« beseitigt worden. Jeder dieser Morde war ein Stoß gegen das Herz der Arbeiterschaft, hat es erschüttert, hat es gestählt. Keinen seiner Märtyrer und keinen seiner Helden wird dieses Herz vergessen. In ihm leben eingeschreint — im Heute der Unterdrückung, im Morgen der Freiheit — die Namen Stelling, Fechenbach, Joachim, Alexander, Eggerstedt, Solnitz — leben alle Ermordeten — — —

Und jetzt ist zu den Schatten, die unserem Geist mahnend ihre furchtbaren Wunden zeigen und uns auffordern, nicht zu rasten, bis das Mörderhaus »Drittes Reich« zerstört ist, ein neuer Blutzug getreten: Fritz Husemann.

Fritz Husemann »auf der Flucht erschossen! Sein treues Gesicht zerfetzt und zerrissen von Gestapo-Bestien!... Die düstere, aufwühlende Kunde flog mit Windeseile durch das Ruhrrevier, durch das Aachener, Waldenburger, das oberschlesische und sächsische Kohlenland und überall hin, wo Bergleute wohnen und unter der Erde das karge Stück Brot todumdroht verdienen müssen. So manche bittere Träne des wehen Schmerzes und des glühenden Zornes ist geflossen, so mancher wilde Schwur wurde im Dunkel der Bergwerke gesprochen...

Ueber Deutschland hinaus eilte die Kunde zu den Bergleuten Englands, Frankreichs, Belgiens, Amerikas, Ungarns, der Tschechoslowakei. Der Mann, der feig erschlagen wurde, war ihnen ja allen gut bekannt als der ehemalige Vorsitzende der Bergarbeiter-Internationale, als der Nachfolger des unvergessenen Otto Hue. Er genoß hohes Ansehen bei ihnen und sein schrecklicher Tod wird den Haß und die Verachtung, die sie für das heutige Deutschland empfinden, tiefer noch und zäher machen.

Fritz Husemann — das war nicht ein mehr oder weniger bekannter, mehr oder weniger tüchtiger Funktionär der sozialistischen Bewegung — Fritz Husemann war der deutsche Bergmann schlechthin — der Mann, in dem sich das Volk unter Tage am sinnfältigsten verkörperte und in dem es sich selbst wieder erkannte. Er war der deutsche Bergmann in Wesen und Charakter, ja bis ins Holzschnitthafte seiner Gestalt und seiner Züge hinein. Jeder, der ihn je gesehen, hatte diesen Eindruck. Wenn der hohe, wuchtige Westfale mit dem rauh-gutmütigen Gesicht, aus dem helle Augen blitzten, in etwas hinkendem Gang daherschritt, dann spürte jeder: dieser starke Rücken, diese breiten Schultern haben Last getragen ihr Leben lang und davon sind sie so gebeugt. Diese Last bestand aus den Sorgen der Bergleute. Wenn Fritz Husemann in einer Belegschaftsversammlung, in einer Konferenz, im Landtag oder Reichstag das Wort nahm, dann sprach kein Meister der Rede, der mit seinen Worten blitzen und funkeln konnte — aber bei den ersten Worten der zugleich rauhen und hellen Stimme, fühlte man die anziehende Wärme schlichter Ehrlichkeit, wie sie dem arbeitenden Volke eigen ist.

An dreißig oder vierzig Jahre diente Fritz Husemann dem »alten Verband«. Er war noch jung, als er in die Bewegung kam. Von der Pike an hat er ihr gedient. Es gab keine Funktion im weitverzweigten Leben des Bergarbeiterverbandes, die er nicht irgendeinmal selbst ausgeübt hätte, es gab auch wohl kaum einen Bergarbeiterort in Deutschland, in dem er nicht schon ein oder mehrere Male gewesen ist.

Im Laufe von vier Jahrzehnten wuchs er an seinen Aufgaben, zeigte er, was in dem einst so verachteten Bergarbeiterstand an gelstiger und sittlicher Kraft aufwärts wollte. Er wurde nach und nach zum geschickten, erfahrenen, wissensreichen Vertrauensmann und Führer der freigesinnten

Bergarbeiterschaft, zu einem echten Volksmann. Er wurde auf seinem Wege nie von Ehrgeiz und Eitelkeit geleitet. Neidlos sah er, der geborene Organisator und Praktiker, zu dem theoretisch, literarisch parlamentarisch bedeutenden Kopf der Bewegung, zu Otto Hue auf, nach dessen allzufrühen Tod er auch noch die internationalen Verpflichtungen der deutschen Bergarbeiter übernehmen mußte.

Langsam und allmählich wuchs seine Volkstümlichkeit beim Volk der Bergleute. Sie war nicht das Ergebnis von Reklamemethoden. Sie wurde auch nicht künstlich erzeugt durch Anschmelzung der Massen oder durch gewissenlose Demagogie. Im Gegenteil! Gar oft stand Fritz Husemann wider Massenstim-mungen und setzte sich steifnackig mit ihnen auseinander, vor allem in den ersten Nachkriegsjahren. Er blieb stets dem, was er für wahr und recht hielt, treu, und wich keinen Zentimeter davon ab, jederzeit bereit, lieber sein Amt niederzulegen als Gefangener von Stimmungen zu werden, die er für gefährlich hielt. Weil er gerade und aufrecht auch der Masse gegenüber blieb, hat sie ihn schätzen und lieben gelernt. Auch die kommunistisch gesinnten Bergleute empfanden hier mit den andern. Selbst unter den Zechenherren, mit denen er sich Zeit seines Lebens herumstritt, wird es nicht wenige geben, die die Nachricht von Husemanns Ermordung tief bewegt und empört haben wird.

Er verstand es, sich mit den Gegnern seiner politischen und taktischen Auffassungen scharf und entschieden auseinander zu setzen; geschmüht und heruntergerissen hat er niemanden. Auch dem seiner Ueberzeugung nach verranntesten Kumpel begegnete er aufs kameradschaftlichste und rang in wahrhaft brüderlicher Art um seine Seele. Nie wurde er Bürokrat, nie massenfremd... Für jeden Kumpel war er zu sprechen. Wer ein Anliegen an ihn hatte, ging ganz einfach durch das Tor der »Sachsenburg« — wie das Verbandsgebäude im Volksmund hieß — und suchte ihn in seinem Zimmer auf. Er hatte kein Vorzimmer...

Husemann fühlte un mittelbar arbeiterdemokratisch. Vor seinem eigenen Bewußtsein war er stets nur erster unter Gleichen; der Vordermann der Vertrauensmann; daß man mit sich Führerkult treiben lassen konnte, dieser pfiffig-eitle Einfall kam einer so geraden, schlichten Natur wie ihm nie eine Sekunde lang.

Husemann war der treueste Freund seiner Freunde, der herzlichste Mit-mensch, der liebevollste Familien-vater, den man sich denken konnte. In seiner Nähe war Wärme, gab es Halt, er war ständig bereit, auch in kleinsten und persönlichsten Dingen zu raten und zu helfen. Er war ein wundervoller Freund der Jugend, der nie überlegen oder ge-

macht »auch-noch-jung« tat. Junge Menschen respektierten von sämtlichen »Alten« des Ruhrgebietes ihn am meisten.

Nie zog er die Mauer der Distanz zwischen sich und den andern Menschen auf. Das Wort »Bonze« wurde ihm gegenüber ganz und gar sinnlos. Alles in allem: Ein Mensch im edelsten Sinne des Wortes starb seinen Freunden und Kameraden.

Es war schon während der Papen-Epoche. Husemann saß zum letzten Male den Zechenherren von der Ruhr als Verhandlungspartner gegenüber. Längst war kein Zweifel mehr darüber, daß sie auf die Diktatur hindrängten. Sie ließen es die Unterhändler der Bergarbeiter deutlich merken. Fritz Husemann fühlte es als seine Pflicht, eine letzte Warnung an die Unternehmer zu richten, obwohl er — oft sprach er von dieser Szene — nicht mehr an ihre Wirkung glaubte. Er wies auf die ungezählten Opfer hin, welche die Arbeiter für Volk und Staat gebracht haben. Er fragte: Soll wieder die Arbeiterschaft in die Tiefe gedrückt und vernechtet werden? Er sprach in prophetischem Tone von der Drachensaat, die dereinstmals aufgehen müsse. Seine Worte machten auf die Vertreter des »gemäßigten Flügels« der Unternehmer starken Eindruck. In privaten Gesprächen sagten sie zu ihren Kollegen von der »scharfen Richtung«, daß die Rede Husemanns sie nachdenklich und sorgen-voll gestimmt habe. Aber die Thyssen-Richtung hatte sich längst durchgesetzt und ging ihre Bahn weiter, Not und Elend verbreitend, Blut und Schrecken dazu. Auf diese Bahn wurde auch die Leiche des Warners geschleudert.

So kam der Tag, wo der kaum dreißig-jährige Führer der braunen »Sachsenburg«-Stürmer — der Büroangestellte Stein — dem im Bergarbeiterdienst ergrauten Husemann im brüskten, neudeutschen Tone anherrschte, er habe sofort das Haus zu verlassen und künftig nichts mehr darin zu suchen. Jetzt setzten sich auf Hues und Husemanns Stühle Leute, die für ihre Aufgabe nichts mitbrachten als Anmaßung, und von denen kaum einer das Los des Bergmanns aus eigenem kannte. Kopfschüttelnd lasen die Bergleute die Aufrufe der neuen »Verbandsführer« und blätterten, wieder kopfschüttelnd, in dem Mißgebilde, in das sich ihr Verbandsblatt verwandelt. Und sie sahen, wie sich die neuen »Verbandsführer« in der Sachsenburg behaglich machten, wie eine Autogarage neben der andern entstand und ein Portierhäuschen dafür sorgte, daß kein Kumpel geraden Weges die neuen »Bergarbeiterführer« erreichen konnte... Jetzt sagte man ihnen, woran kein Verbändler gezweifelt, daß die Verbands-geschäfte in mustergültiger

Ordnung vorgefunden worden wären, sagte also, daß das Korruptions-geschrei eitel Lüge war. Und die Kumpels prägten das geflügelte Wort: »Un-sere Führer kamen mit Fahrrad und mit der Aktenmappe, die braunen Bonzen er-scheinen im Auto und mit einem Stab.«

Die Bergleute wissen heute genau, was das für Leute sind, die auf Husemanns und Hues Plätze sitzen: es sind Gelbe! Sach-walter der Zechenherren! Betrüger!

Die Räuber der Sachsenburg können mit terroristischen Mitteln wohl erreichen, daß die Kumpels ihre Zwangskundgebungen füllen. Ohne Gewalt ist Herr Stein aber nichts, weniger als nichts. Herr Stein und seine Kumpel wissen, daß die Hackenstiele der Kumpels sich lieber heute als morgen mit ihnen beschäftigen möchten.

Weil es so ist, betrachteten die Unter-drücker der Bergarbeiter mit Wut und Mißtrauen das unausgesetzte An-wachsen des Vertrauens und der Liebe, die Husemann entge-gengebracht wurde. Fritz Huse-mann war und blieb in den Augen der Bergleute ihr Führer.

Der amerikanische Bergarbeiterverband hatte gleich nach dem Umsturz Husemann angeboten, nach Amerika zu kommen. Er lehnte ab. Er wollte sich von seinen Kameraden nicht trennen lassen. Er hielt unter ihnen aus, weil er sich selbst und ihnen treu bleiben wollte. Er stand in ihren Reihen auf dem Arbeitsamt und stempelte. Er ging durch Bochums Stra-ßen, und sie sahen froh auf die altvertraute Gestalt.

Sein Dasein wurde Hitlers Kreaturen unerträglich. Sie wollten nicht mehr an-schauen, daß ein Mann, dem keine Ge-walt zur Verfügung stand und den sie mit Gefängnishaft und Verböten fortge-setzt drangsalierten, die Liebe und das Vertrauen der Bergleute besaß. Und sie ließen ihn ermorden — — —

In den schwarzen Revieren Deutschland grollt es in der Tiefe — lange schon. Das Brot wird karg, die Arbeit ständig schwe-rer. Ausbeutung und Unfreiheit drücken, die Entwürdigung brennt. Husemanns Ermordung hat den Explosionsstoff unge-heuer vermehrt. Glauben die Mörder, sie könnten für ewige Zeiten den Ausbruch der schlagenden Wetter verhindern?

Die Sage Westfalens erzählt von der Schlacht am Birkenbaum, in der die Häre des Rechts die Horden des Un-rechts im letzten Entscheidungskampf schlagen werden. Wo ist der Bergmann, der nicht wüßte, welche Schlacht das zweite Gesicht des Schöpfers gemeint hat? Wahrlich, die Schlacht wird kommen und die Ermordeten der deutschen Arbeiter-schaft werden sie mit schlagen.

Opferjahrgang 1915

Meldung: Zur Durchführung der all-gemeinen Wehrpflicht wird in Deutsch-land der Jahrgang 1915 unter die Waf-fen gerufen.

Ein Jahrgang — was ist das? Für den eingefleischten Militär das »Menschenmate-riale«, mit dem er seine Kadern füllt. Aber wer sind die Menschen, aus denen das Mate-riale besteht, wer ist dieser Jahrgang 1915?

Als sie geboren wurden, standen ihre Vä-ter nicht an ihrer Wiege, hockten weit, weit fort in einem nassen Unterstand, in den Grä-bern der russischen, der französischen, der spanischen Front. Viele der Neugeborenen haben ihren Erzeuger niemals gesehen: »Go-fallen auf dem Feld der Ehre.«

Wenig Kinder kamen damals, 1915, zur Welt. Kaum die Hälfte der früheren Zahl. Dreiviertel Jahr nach Kriegsausbruch riß die Kette der Neugeburten plötzlich ab.

Selbst für die wenigen, die damals zur Welt kamen, fehlte die Milch. Die Mütter standen halbe Nächte vor den Geschäften in Kälte und Regen an, nur um etwas Nahrung zu erwischen. Die Milch, die sie nach langem

Anstehen nach Hause brachten, sah häßlich aus und schmeckte schlecht.

Nie wurden die Würmer, Jahrgang 1915, recht satt. Sie blieben im Wachstum zurück, waren blaß, kränklich.

Als sie schon plappern konnten, kam ein fremder Soldat ins Haus. »Das ist dein Papa!« wurde dem mißtrauischen Kleinen gesagt. Manches sah den Papa erst, als es schon zur Schule ging. Erst 1920 kehrten die Kriegs-gefangenen heim...

Der Krieg war aus, nicht die Not. Die wenigsten vom Jahrgang 1915 können sich heute noch der Kriegszeit erinnern. Meist beginnt ihr Gedächtnis mit der verrückten Zeit, als das Geld plötzlich nichts mehr wert war.kehrte der Vater am Lohn-tag heim, riß ihm die Mutter das Geld aus der Hand und stürzte zum Krämer, denn am nächsten Tag bekam sie nur noch die Hälfte für die Scheine. Meist aber war der Krämer noch rascher: Kam die Mutter mit dem Geld ein-kaufen, so waren die Preise schon herauf-gerutscht...

Von den politischen Zuständen begriffen die Kinder wenig. Es änderte sich alles zu schnell. Viele Arbeiterkinder wurden von den sozialistischen Kinderfreunden in Erholung geschickt, bauten Zeltlager mit den »Roten Falken«, holten auf Wanderungen nach, was sie körperlich in den ersten Jahren ihres Da-seins versäumt hatten.

Nach der Inflation kamen ein paar Jahre, wo die meisten aufatmeten, aber es waren nicht allzuvielen. Immer drohte ein Wort in ihr bescheidenes Glück, das hieß: Krise. — Der Vater verdiente gut, doch ein paar Wo-chen, ein paar Monate mußte er zuweilen aussetzen. Zwei, drei Jahre lief es glatt, das ärgste schien überwunden. Aber da gab es auf einmal überhaupt keine Arbeit mehr. Ein Betrieb nach dem andern schloß. Jetzt erst war die richtige, die große Krise da.

Der Vater hockte zu Hause, wurde einbil-ig und verstimmt. Der Jahrgang 1915 kam aus der Schule: auch für ihn war keine Arbeit da. Lehrstellen gab es hier und da. Aber hatte einer ausgelernt, so lag er draußen;

statt seine Kenntnisse zu verwenden, vergaß er sie.

Wenn die jungen Leute ratios und müßig beieinander hockten, kam ein Gleichaltriger und lachte sie aus. Er wußte etwas, da gab es Bier und Zigaretten gratis und eine »schnecke« Uniform, man bildete eine Macht, vor der sich sogar die Polizei fürchtete, und der Führer hatte versprochen: Wenn er erst an der Macht war, so bekamen alle, die ihm dazu geholfen, Arbeit auf Kosten der andern, der »Feinde«.

Das leuchtete ein. Man wurde SA, wurde Hitlerjugend, erlebte die große Zeit des »Umbruchs«, wo man das marxistische Untermenschen-Gesindel verprügeln und ihm die Wohnung demolieren durfte. Man tat es mit Genuß und mit Begeisterung. Denn die, sagte der Führer, waren allein schuld am Krieg und an der Inflation und daß es einem bisher so dreckig gegangen war. Die sich rechtzeitig der richtigen Seite angeschlossen hatten, blähten sich vor Stolz: nun würde der Führer sie belohnen.

Die Belohnung fiel mager aus. Sie bekamen Arbeit — jawohl! — aber wenig, fast keinen Lohn. Bald wurde aus der Arbeit mehr und mehr militärisches Exerzieren. Sie mußten sich drillen lassen, und beim geringsten Widerspruch hagelte es Strafen. Die meisten hatten sich das anders vorgestellt.

Nach dem 30. Juni wurde die SA »gerichtet«. Damit flogen eine Menge derer, die sich gerettet glaubten, aufs Pflaster. Eine Anzahl kam wirklich in den Fabriken unter, die jetzt wieder eröffnet hatten und in fieberhaftem Tempo Kriegsausrüstung herstellten. Aber die Freude war kurz. Ein neuer Erlaß der Regierung setzte alle unter 25 Jahre alten aufs Pflaster.

Was sollte nun aus ihnen werden? Sie erfuhren es bald: die allgemeine Wehrpflicht wurde proklamiert. Der Führer würde sie zu den Waffen berufen, Jahrgang 1915 als ersten.

Der Krieg hat sie erzeugt, der Krieg läßt sie nicht los. Wer weiß wie lange noch — und Jahrgang 1915 steht genau dort, wo bei der Geburt seine Väter standen. Ein Kreislauf hat sich geschlossen.

Was wird aus Jahrgang 1915? — Nicht nur er selber — die ganze Welt harret mit banger Sorge auf die Entscheidung der Frage!

Lehrreicher Lehrplan

Kleiner Beitrag zur Abrüstungsfrage

In der »Nationalsozialistischen Erziehung«, Organ des Nationalsozialistischen Lehrerbundes im Bereich Norddeutschlands, fordert ein Hakenkreuzlehrer namens Müller, Johannisthal, daß in allen Schulen »der Flugmodellbau in dem Stoffplan größte Beachtung finde.« Er schlägt zur Erfüllung dieser Forderung folgendes Lehrsystem vor:

1. **Deutsch und Geschichte:** Im Geschichtsunterricht kann in Lesestoffen, Schilderungen, Gedichten usw. gezeigt werden, wie nur durch echte Kameradschaft, Zähigkeit, Opferbereitschaft und vaterländisches Denken Taten entstanden sind, wie sie die Pioniere der Fliegerei und die Helden des großen Krieges vollbracht haben.
2. **Rechnen:** Die verschiedenen Rech-

Habt ihr schon vom neuen Adel gehört, der durch den neuen Rassenmythos gezeitet werden soll? Jene drei jungen Menschen, die da kürzlich vorm Volksgesicht in Berlin — aber beginnen wir doch lieber gleich beim Monsignore Wilhelm Lefferts, katholischer Prälat in Rostock. Er geht in seinem Zimmer auf und ab und memoriert über einer Predigt. Da schrillt die Flurklingel und bald darauf meldet die Haushälterin drei junge Menschen, die den Herrn Prälaten sprechen möchten.

Es sind drei Studenten der Universität Rostock, frisch, grad gewachsen, aber etwas bedrückt. Fromm machen sie das Zeichen des Kreuzes und ihr Sprecher, ein blonder Norde, gesteht dem Herrn Prälaten, daß sie in Wissensnöten kommen. Sie seien gute Katholiken, hätten aber nunmehr das Werk Alfred Rosenbergs vom »Mythos des 20. Jahrhunderts« lesen müssen und seien etwas verwirrt. Denn dieser Theoretiker der hitlerdeutschen Staatslehre bestreite die Identität von Christus und Gottessohn und stelle den Gott der Rasse über die heilige Dreieinigkeit. In Nöten seien sie, denn wenn hätten sie nunmehr zu gehorchen: der reinen Lehre oder der neuen Staatsgewalt? Sei es nicht Sünde, was hier gelehrt werde und ist nicht sündhaft, wer dieser Lehre anhängt?

Kummervoll schaut Monsignore Leffert auf die armen jungen Menschen, die erschüttert vor ihm auf den Stühlen sitzen. Welche schweren Konflikte verhing doch diese wirre Zeit über ihre Jugend! Wem sollten sie noch glauben, wenn der Staat auch die geistige Autorität seiner Träger zum Gebot machte!

nungsarten können an Aufgaben aus der Fliegerei geübt und dadurch Verständnis für den Luftverkehr geweckt werden (Flugplan — Geschwindigkeiten — Entfernungen).

3. **Raumlehre:** Berechnung von Tragflächeninhalt, Verhältnis der Flächen und Belastung braucht der Schüler für spätere Konstruktionen.

4. **Naturlehre:** In der Naturlehre erhält er Verständnis für die Kräfte der Luft und ihre Wirkungen. Themen zur Behandlung wären: Fliegen leichter und schwerer als Luft (Ballon — Flugzeug), Widerstand — Gleichgewicht — Motor — Explosion, Luftschutz!

5. **Wetterkunde:** Atmosphäre, Luftdruck, Barometer, Höhenmesser.

5a. **Erdkunde:** Fragen des Verkehrs — Forschungsflüge — Kartenkunde — Luftbild.

6. **Werkunterricht:** Die Hauptaufgabe hat nun der Werkunterricht zu erfüllen. In der zweiten Klasse werden neben den üblichen Gegenständen zwei Modelle das Segelmodell Winkler jun. und das Stabmodell Jo 40 sowie Luftschrauben angefertigt.

1. Klasse: Im letzten Jahrgang wird ein Propellermodell Polzin, Schulterdecker und Segelmodell Grunau-Baby und Wettbewerbsmodell gebaut, mit denen wir mit an den Wettbewerben der Landesgruppe und den Reichsmodellwettbewerben teilnehmen. Soweit die Ausführungen des Jugendbild-

Hitler-Haus — zu mieten« und, man höre und triumphiere, »und für den neuen Zweck umzubauen und herzurichtens.«

Es mag ein neckisches Filmspiel in der Villa gegeben haben, aber endlich rückte der Parteitag heran, und die 32 Chefoperateure, mit Hilfsoperateuren und Assistenten, zogen zu ihren Standorten aus, und der Kameramann kurbelt »die hereinströmenden Massen. Jeder steht jetzt an seinem Ort, wie der Soldat in der Schlacht« — und kurbelt und kurbelt.

Ja, Unannehmlichkeiten gab es auch. Die Szenen waren nicht gestellt genug, und alles war eben nur einmalig wie das Dritte Reich überhaupt, und Leni sprang herum, ließ ihre schrille Stimme ertönen, versuchte dauernd, ihren Adolf zu überschreien. Von wo wurde aber auch alles gekurbelt, und was hatte man aufgeboten, es richtig zu treffen, denn der Größenwahnsinn im Dritten Reich steigert sich von Tag zu Tag. »Dieser lag auf dem Erdboden und bediente in dieser Stellung seinen Apparat, der andere filmte von der Zinne« (huch, wie romantisch!) »eines Turmes herab, der dritte stand hoch oben auf einer Feuerwehrlleiter, der vierte auf der Brücke eines Gerätewagens der Straßenbahn«. Die armen, gehetzten Operateure sprangen auf vordere und hintere »Plattform«, benutzten Ruderboote; kurzum, nichts wurde verschont. Aber die Hauptsache: der Führer, »Adolf I.« — Und hoch oben an der Häuserwand begleitete auf dem zwanzig Meter langen, eigens für diesen Zweck erbauten Balkon, der Aufnahmewagen ein Stück Weges die marschierende Truppe. Selbst im Wagen Adolf Hitlers fuhr der

Der neue Adel

Welch ein unglückliches Geschlecht wuchs hier heran!

Der Prälat kannte seine Pflicht, kannte sein religiöses Gelöbniß. Beichten kamen die jungen Menschen, nur ihr Priester sollte um ihre Zweifel wissen. Um volle Wahrheit bat der junge blonde Norde, es gab ein Beichtgeheimnis, volle Wahrheit mußte ihnen der Priester geben. Und er sagte ihnen, daß das Buch des führenden Hakenkreuzlers eine politische Philosophie unter vielen sei, daß sie auch von der ernsten Wissenschaft abgelehnt werde und daß der heilige Vater in Rom die Wotanslehre bereits als Irrlehre gebrandmarkt habe. Vergangenheit eines Volkes sei wert, in Ehren gehalten zu werden, aber höher als Rassenmythos stehe die Menschheit und jene Menschenliebe, wie sie die christliche Lehre gebiete.

Die drei Studenten atmeten auf, als sei ein Alp von ihnen gewichen. Sie dankten dem Herrn Prälaten, der hohe Blonde aber versicherte: sie würden diese Worte nie vergessen. Und dies war wahrlich keine Phrase, denn sie eilten triumphierend nach Hause, setzten ein Protokoll über ihre Unterredung mit dem Prälaten auf und überreichten es einem SA-Führer, der es an den Staatsanwalt weiterleitete, denn es ist verboten, an Rosenbergs irrigen Schmarren irgendwelche Kritik zu üben. Die drei wackeren Burachen jedoch waren keine Katholiken, sondern Mitglieder des hakenkreuzlerischen Tannenbergbundes, der zu Wotan betet.

Habt ihr schon vom neuen Adel gehört,

ders. Daß sein Vorschlag schon keine reine Utopie mehr ist, beweisen einige beigegebene Photos, die Kinder und Lehrer beim Modellbau zeigen. Deutschlands oft betonter Friedenswille wird von Tag zu Tag glaubhafter.

Die Religion der Hängeleichen

Die Zeitschrift der SS, »Das schwarze Korps«, ist in helle Erregung geraten über einen Band der in Heidelberg erscheinenden »Germanischen Bibliothek«. Der Band führt den Titel »Nordisches Geistesleben in heidnischer und frühchristlicher Zeit« und ist herausgegeben von Axel Olrik. Die Erregung kommt von den folgenden Zeilen her:

»Wenn ein Christ im 9., 10. oder ... 11. Jahrhundert das größte Heiligtum des Nordens in Upsala besucht hätte, würde er Zeuge von manchen Dingen gewesen sein, die ihm seltsam vorkommen mußten. Wenn er in den Tempel eintrat, sah er in den Bäumen die ganze Masse der Opfer hängen, die den Göttern dargebracht waren, bald Pferde, bald Hunde, bald andere Tiere, bald auch Menschen. Und wenn er heraufkam auf die Hügel, die sich wie Zuschauerplätze ausbreiteten, lag der Tempel der Götter mitten vor ihm, ein mächtiger Holzbau, dessen düsteres Innere die Holzbilder der Götter barg: Odin mit Speiß und Rük-

der aus dem braunen Rassenmythos entstehen soll? Hier seht ihr einige seiner jüngeren Vertreter! Wenn ihr meint, Adel komme von edel und bestehe in Wahrhaftigkeit, Unbestechlichkeit, Großmut, Ritterlichkeit, so wird's Zeit, daß ihr umlernt. Der neue Adel zeichnet sich dadurch aus, daß er im KZ wehrlose Gefangene mißhandelt, daß er vor der braunen Bonzerie byzantinert und Kritiker denunziert, daß er, in Amt und Würden gelangt, sich von Interessenhäufen pompöse Villen, Autos und Jagdreviere schenken läßt, daß er in Kinderschuhen schon Vater und Mutter bespitzelt und in Jünglingsjahren mit frommem Augenaufschlag ans Beichtgeheimnis appelliert, um einen Priester unters Henkersbeil zu locken. Das ist der neue Adel aus Blut und Boden, das ist der neue Mythos.

Prälat Lefferts wurde für seine Pflichterfüllung vom Berliner Volksgesicht zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt. Empört berichtete die katholische Presse über diese geistliche Lockspitzelei. Hitlers Gericht jedoch schämte sich seiner drei jungen, aufgenordeten Lockvögel mit nichten. Warum sollte es? Sie haben einen Priester betrogen, damit er vor ihnen seine Seele öffnete — aber hat ihr Meister nicht jahrelang eine ganze Nation betrogen, damit sich ihm verschiedene Geldschränke öffneten?

Und wenn der Führer die Lüge zum System, sogar zum Staatssystem gemacht hat, warum sollen sich strebsame junge Hakenkreuzler damit nicht eine Karriere verdienen? Bahn frei für Schloßkegelgrubers neuen Adel! Bruno Brandy.

stung, Thor mit Hammer oder Herrscherstab und die plumpe Darstellung des Zeugungsgottes Frey. Aber kam man zu einem der großen Feste, in jedem neunten Jahr, etwa um die Tag- und Nachtgleiche, da war der ganze Platz gefüllt von einem unendlichen Menschengewimmel. An jedem der neun Opfertage wurde mindestens ein Mensch geschlachtet und zahlreiche Tiere, die an den Bäumen aufgehängt, mit dem Speiß durchbohrt oder in die heilige Quelle des Opferhains geworfen wurden. Die Priester standen dabei und sahen, ob das Opfer wieder auftauchte oder ob es ganz verschwand, denn dann hatten die Gottheiten die Gabe freudig entgegengenommen. Wilde Gesänge, mancher Art und unanständig, erschallten ... und wenn die Feiertage wieder um waren, zogen die Tausende wieder heim, in der Erwartung, daß die Götter nunmehr Gedeihen für Mensch und Vieh schenken würden. Aber in dem Haine hingen die Ueberreste von den Opfern. Ein Augenzeuge zählte einmal 72 Leichen in den Bäumen.«

Die Zeitungsmacher der SS nennen diese Darstellung »Hetze im wissenschaftlichen Gewand« und »schamlose Greuelmeldungen«. Die Aufregung ist begründet: Die SS ist ein Hort der sogenannten »nordischen Religion« und sie will sich nicht nachsagen lassen, daß sie für Hängeleichen schwärmt — weil sie selbst genug davon auf dem Gewissen hat!

das alles und zeigt nun dem deutschen Volke, was der Größenwahn und der neue byzantinische Geist alles vermag.

Fürwahr: »das Niveau der Arbeit für diesen Film liegt hoch«, — er geht nämlich in die Millionen, und Leni wird gewiß jetzt für sich ganz allein eine Villa »eigens herrichten« können und dort ihre Triumphe des Willens feiern, während in den Kinos ihr Triumph des Größenwahns paradiert.

Kurt Randloff.

Die Moorsoldaten

Fünf Jahre hindurch war Felix Langhoff als Regisseur und Schauspieler in Düsseldorf tätig, als er verhaftet, eingekerkert und dann ins Konzentrationslager geschleppt wurde. Er gehörte keiner Partei an, hatte gelegentlich bei sozialistischen Veranstaltungen rezitiert und setzte sich für die kulturellen Bestrebungen der Arbeiter ein — sonst lag nichts gegen ihn vor. Dreizehn Monate lang schmachtete er im KZ. Was er seit seiner Verhaftung erlebt und erlitten, schildert sein Buch »Die Moorsoldaten« (Spiegel-Verlag, Zürich, 322 Seiten). Man kennt die deutschen Lagergruel aus mancherlei Berichten und in diesem Punkte bestätigt auch Langhoff von Börgermoor und Lichtenburg, was andere vor ihm berichteten. Man hat auch ihn mißhandelt, hat ihn sinnlos und bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, sadistisch gequält. Wie das Vieh werden sie ins Moor getrieben, in ungewohnte schwere Arbeit gehetzt, von Henkerfressen überwacht und geschunden.

Was aber dem Buch seinen besonderen Stempel verleiht, das ist: wie der Künstler

Triumph des Größenwahns

Der Film vom Nürnberger Parteitag der Nazimörderpartei von 1934 ist bekanntlich von der amtlich zur Filmveredlung zugelassenen Leni Riefenstahl gemacht worden, mindestens steht es so in den Einheitszeitungen in Deutschland geschrieben. Er nennt sich »Triumph des Willens«, sollte aber besser »Triumph des Größenwahns« heißen. Seine Uraufführung sollte dem deutschen Volke die Idee der Partei vor Augen führen, dürfte aber vielleicht dazu beigetragen haben, manchem Denkenden die Augen zu öffnen, wohin die SA, die SS, der Arbeitsdienst und die Reichswehr marschieren, denn marschieren wird nun einmal in diesem Film.

»Gigantische ist das Ereignis, das es zu filmen gab, und darum mußte alles in »Umfang und Intensität naturgemäß der Größe des Zieles angepaßt sein«. Dazu gehörte, daß 120 Mann Filmpersonal mit der zu diesem Zweck besonders kostümierten Leni — die sich in allen Posturen, wie sie filmte, liegend, stehend, knieend, durch das Objektiv schauend, na, verfilmen ließ (Der Film: Wie Leni den »Triumph des Willens« filmte, sollte als Vorfilm laufen!) nach Nürnberg fahren, um in achttägigen Vorbereitungen das kommende Ereignis zu erfassen, zu disponieren, die Standorte zu wählen. Aber zunächst, wie es in einer Reportage heißt, »damit sie (Leni Riefenstahl und die 120) zu jeder Stunde, selbst zur Nachtzeit, zur Regiebesprechung zusammengerufen werden konnten, hat man es für zweckmäßig gehalten, eine leerstehende Villa — neben dem Adolf-

Das Konzil der Messerhelden

Ein medizinisches Stelldichein zur Sterilisationspraxis im Dritten Reich —
Chirurgen plaudern ihren fachmännischen Leichtsinn aus

Vor einiger Zeit (Februar 1935) tagte die Berliner Medizinische Gesellschaft, wie sie sich, ähnlich wie die anderen deutschen ärztlichen Fachvereine, monatlich periodisch zusammenfindet, um Berufs- und Fachfragen in Referat und Diskussion abzuhandeln. Die Februaragung war der Sterilisationstheorie und Praxis des Dritten Reiches gewidmet. Jetzt liegen die Texte der hier gehaltenen Vorträge zum Thema vor. Vorweg sei gesagt: es hatten sich gewissermaßen die Kapazitäten der deutschen chirurgischen Eupenike, die juristischen sowohl wie die medizinischen — unter den letzteren der Leiter des staatlichen Krankenhauses bei der Strafanstalt Moabit Prof. Schlegel, dem in Norddeutschland hauptsächlich die Kastrationen von Sexualverbrechern obliegen, und Prof. Ottow, Direktor der Brandenburgischen Landesfrauenklinik in Berlin-Neukölln, der wieder reichsdeutscher Spezialist für die Unfruchtbarmachung von Frauen in Verbindung mit der Gynäkologie ist — eingefunden.

Ganz allgemein ist den Referenten einiges interessant authentisches Zahlenmaterial zur Beschneidewut des Dritten Reiches zu entnehmen. So gibt es in Deutschland jetzt bereits 205 Erbgesundheitsgerichte (die unter gewissen Voraussetzungen die operative Unfruchtbarmachung auf Antrag des Kreisarztes und mit allem behördlichen Zwang anordnen) und 21 Erbgesundheitsgerichte, die Appellationsinstanzen gegenüber den ersteren. In Moabit allein sind seit November 1933 (seit Inkrafttreten des einschlägigen Hitlergesetzes) 180 Kastrationsfälle erledigt worden, in der Brandenburgischen Landesfrauenklinik sogar in zehn Monaten der Praxis 350 Fälle.

Schon die ungeheuerlichen Zahlen beweisen, daß ein ernstes wissenschaftliches Problem, das auch in anderen Staaten bereits seinen gesetzlichen Niederschlag gefunden hat oder noch finden soll, in Hitlerdeutschland — wie könnte es auch anders sein?! — in den Bezirk des Völlig-Manischen und Demagogischen gestoßen worden ist! Was in anderen Ländern eine singuläre und eklektizistische, mit allen Kautelen modern-humanen Rechtsempfindens verschaltete Gewissensfrage der fachärztlichen Problematik ist, das erledigt eben Braunddeutschland »mit Schwung«, in wütigem Rekordgeist, mit aller Unbeschwertheit, die sich zwar noch »Wissenschaft« nennt und doch nichts weiter ist als SA-Dienst im Chirurgenkleid. Das Volk hat auch die Verschlebung der letzten Verantwortlichkeit in dieser Frage von der ernst ringenden und suchenden Wissenschaft auf die nationalsozialistische Gasse instinktiv erkannt; deshalb wehrt es sich gegen das Gesetz und seine Praxis aus gesündestem Empfinden heraus. Es war der bereits genannte Hitlersche Oberarzt für Zwangsterilisation, Herr Pro-

fessor Schlegel, der in jener Berliner Sitzung denn auch ausdrücklich bekennen mußte:

»Wenn auch im Verborgenen noch manche einsichtslosen Kreaturen gegen dieses Gesetz durch anonyme Schreiben insbesondere aus dem badischen Teil unserer Heimat gegen die Landrichter und auch gegen unser Krankenhaus sich Luft machen, so muß es sich um eine besondere Art von Menschen handeln, die wohl kinderlos untergehen und nicht die Sorgen der Eltern um ihre Kinder kennen, die diesen gemeinsten Sexualverbrechern ausgeliefert sind.«

Man bedenke: das ganze gläubig-katholische Deutschland (das sind viele Millionen deutscher Menschen) ist aus Gewissensgründen unverwundlicher Feind des Gesetzes! Dem Herrn Schlegel und seiner servilen Chirurgomanie im Dienste des Braunhemdes aber sind alle diese Millionen — zu denen sich Zehntausende Deutscher aus ganz anderen, nicht zuletzt aus ärztlich-fachlichen Gründen gesellen — einsichtslose Kreaturen! Herr Hitler selbst ist der Vater des Gesetzes. Darf man den Herrn Professor fragen, wie viel Kinder »der Führer« hat, die er »vor gemeinsten Sexualverbrechern« schützen muß?!

So nebenbei erfährt man aus den Widersprüchen, in die die einzelnen Referenten, besonders auch Schlegel und Ottow, gegenseitig sich verfangen, wie ungeklärt wissenschaftlich der ganze dem Gesetz zugrunde liegende Ideen- und Erfahrungskomplex ist und wie barbarisch, ja bestialisch also auch die Drauflosmethode dieser hitlerdeutschen Sorte von chirurgischer Praxis wirken muß. Zunächst einmal! Es gibt wohl schon exakte wissenschaftliche Erfahrungen über die absolut schädlichen Wirkungen der Sterilisation. Wieder Herr Professor Schlegel läßt da hören:

»In Deutschland hat insbesondere Lange durch das Studium der Krankengeschichten Kriegsverletzter aus den Versorgungsakten die Folgen der Entmannungen in einer umfangreichen Arbeit festgelegt. Er kommt zu dem Schluß, daß die Entmannung doch in einem großen Prozentsatz zu bleibenden oder vorübergehenden Störungen des Wohlbefindens und der Gesundheit führt.«

Aber ein richtiger Hitlerprofessor darf das natürlich nicht gelten lassen! Folglich degradiert Herr Schlegel einfach diese soldatischen Kronzeugen gegen die Sterilisation zu »Rentenempfängern«, also — so will er doch damit wohl sagen — zu berufsmäßigen Querulanten... Nein, Herr Professor Schlegel ist ganz — im Gegensatz zu dem, der wirklich Beobachtungen in genügender Zeitmaß angestellt hat, zu Lange — ganz unbeschwert! Er urteilt in seinem Referat:

»Unsere Erfahrungen haben uns gezeigt, daß sich im Anschluß an die Kastration keinerlei Störungen des Wohlbefindens oder sonstige seelische Verstimmungen gezeigt haben. Ein großer Prozentsatz der Kastrierten erblickt in der Operation das Heilmittel

für sich und sein Verbrechen und war dankbar.«

Wunderbar! Ein Schullehrer, so plaudert Schlegel vernügt, ist durch die Kastration endlich seine andauernden Kopfschmerzen losgeworden! Man höre!

Nun aber der andere Hauptsachverständige, übrigens durchaus selbst praktischer Anhänger der Hitlerschen Gesetzgebung, Professor Ottow, der vor Schlegel in der Sitzung referiert hatte:

»Verschlechterungen des physischen Zustandes im Anschluß an die Operation als solche oder bedingt durch sie wurden nicht beobachtet... Daß es an Fällen nicht fehlt, bei denen die Unfruchtbarmachung eine schwere psychische Belastung darstellt, versteht sich von selbst. Namentlich Epileptiker mit gelegentlich leichten Anfällen gehören in diese Kategorie. Es ist Aufgabe des Arztes, hier gegenüber den Erbkranken selbst sowie gegenüber ihrer nächsten Verwandtschaft in überzeugender Form einen Ausgleich aus der individuell tragischen Situation (!) zu finden. Das gelingt bei entsprechender Begründung unter Hinweis auf die Verantwortung gegenüber eigener Nachkommenschaft und gegenüber der Zukunft des Volkes (!!!).«

Ja — natürlich! Der Muschkot von 1914 bis 1918 insbesondere weiß um jene »individuell tragische Situation« und auch darum, daß dann eben das Vaterland und seine Phraseologen trösten müssen; das ist eine alte Geschichte. Nur in dieser Version ist sie doch einigermaßen neu. Aber immerhin muß man wenigstens dem Operateur Ottow (im Gegensatz zu seinem eminent schneidigen Kollegen Schlegel) nachsagen, daß er auch das Bedenkliche der Praxis, zu der er sich bekennt oder zu der er doch wenigstens als Gleichgeschalteter abkommandiert ist, sieht und — im Dritten Reich! — den Mut aufbringt, diese seine Bedenklichkeit sogar zu äußern.

Nicht ohne tiefste Erschütterung kommt der Leser dieser trockenen und nüchternen Spezialisten-Referatsprotokolle zur deutschen Sterilisationsfrage zur Erkenntnis, wie hier ein ganzes Volk bei Anwendung aller technischen Raffinessen, aber ebenso unter geradezu stupender Vernachlässigung jedes der Wissenschaft auferlegten Ernstes zum Versuchskarnickel der manischen Veranlagung einer Schicht pseudo-faschistischer »Volkserneuerer«, die sich ihre absurden Ideen aus allen möglichen Schmöckern des Rassefimmels zusammengelesen haben, gemacht wird! Nichtwissen, Drauflosexperimentieren, Licht aus, Messer raus — das wären so ungefähr die richtigen Überschriften über diesem chirurgischen Räubertum in allduitsch. Beinahe komisch wirkt die Erörterung der Sachverständigen über die Frage, was eigentlich geschehen soll, wenn der zu Kastrierende z. B. auch einen noch nicht operierten Leistenbruch hat. Natürlich — auch hier das

Messer her! Wird gleich mitoperiert! Warum auch nicht?! Nur so nebenbei wird man allerdings vorher bei dem Klienten »anfragen«... Was im Dritten Reich »anfragen« heißt, weiß ja jeder. Noch nicht einmal über das Wie der konkreten chirurgischen Manipulation bei der Zwangsterilisation sind sich die Männer vom Bau einig. Folgende Feststellungen und Sätze des Professors Gohrbrandt-Berlin auf jener denkwürdigen Sitzung liefern klassisch Dokumentarisches zur chirurgischen Hitlerkultur, an die einmal unsere Enkel nur mit Grauen sich zurückerinnern werden:

»Ich halte es für vollkommen gleichgültig, an welcher Stelle man das Vas deferens freilegt, würde es aber doch für zweckmäßiger halten, daß man sich endlich darauf einigen könnte, einheitlich die Schnittführung anzulegen; denn sonst kann es vorkommen, wie es neulich wirklich eingetreten ist, daß ein Patient zunächst unsichtbar vasktomiert wurde und dann später noch einmal umsonst vasktomiert wurde...«

Höher geht's nimmer! F. E. Roth.

Der Tanz auf dem Vulkan

Am 17. April hat der Völkerbundsrat einstimmig die englisch-französisch-italienische Resolution angenommen, durch die Hitlers brutale und dabei verlogene Gewaltpolitik vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt angeprangert wird. Mehr noch als militärisch ist heute das Dritte Reich moralisch isoliert und in verhängnisvoller Weise vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung wie sie im letzten Kriege nach ungeheueren Opfern zu einem Zusammenbruch des deutschen Volkes führte. Dieses Volk aber wird von den gegenwärtigen Machthabern in der grotesksten Weise über den Ernst der Lage hinweggetäuscht. Waren es im Jahre 1914 Aufstände in Irland, Indien und Südafrika, auf die unter allerhöchster Anleitung der deutsche Spießbürger wartete, nachdem das »perfidie Albion« in völliger Verkenning seiner rassistischen Verpflichtungen sich auf die Seite der Gegner geschlagen hatte, ist es heute die Hoffnung auf die künftige Uneinigkeit der Genfer Ratsmächte, mit der der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der einstimmige Ratsbeschuß bagatellisiert wird. Im deutschen Rundfunk hat diese Methode bereits ihre charakteristische Ausprägung gefunden, der Anzäger kündigt das »Genfer Völkerbundlied« an und es erklingen die Takte des bekannten — Tanzliedes: »Wir woll'n so tun, als ob wir Freunde wären...«

Auch Wilhelm II. spielte eine Operette, für das deutsche Volk aber wurde es eine furchtbare Tragödie, deren letzter Akt offenbar noch gar nicht begonnen hat. »Wegen Verhinderung des Hauptdarstellers« ist Hitler eingesprungen und spielt in der Pause, auch um die Tradition zu wahren, eine Operetteneinlage. Dann geht das Trauerspiel weiter... bis zum bitteren Ende!

Langhoff das alles durchleidet. Wie er den Alltag zwischen Stacheldraht sieht, wie er die sozialistische Solidarität der Gefangenen erlebt, wie sie nach seinen künstlerischen Reaktionen hungern, wie er den »Zirkus Konzentrazion«, eine Art satirischer Lagerrevue, auf die Beine stellt — das alles wirkt in seiner Menschlichkeit so erschütternd wie die unerhörte Tapferkeit vieler Kameraden. Unter diesen Tausend im Bürgermoor bildet sich eine Kameradschaft heraus, die vielen den Lebensmut rettet, die auch durch die eisernen Tore der Isolierzellen dringt und ohne die keiner mehr leben mag. Eine geheime rote Lagerleitung ist spürbar; sie gibt für bestimmte Anlässe einheitliche Parolen aus und stützt sich auf ein geheimes Netz von Vertrauensleuten. Dabei zeigt sich ein Maß proletarisch-sozialistischer Festigkeit, das selbst Hitlers SS-Schindern heimlichen Respekt abnötigt. Manche der anständigeren unter ihnen finden sogar den Weg zu Diskussionen mit den Gefangenen, und als die SS das Lager räumen und von Polizei abgelöst werden soll, da plant sie einen Putsch und sucht sich die Waffenhilfe ihrer bisherigen Opfer zu sichern. Die entsetzliche politische Unreife und romantische Phantastik dieser Kriegsknechte zeigt sich burlesk an dieser grotesken Episode, in der die gefangenen Arbeiter zu überlegenen politischen Lehrmeistern ihrer Schinder werden.

Langhoff ist ein Erzähler, obwohl er nur Tatsachen sprechen läßt. Aber wie er die Tatsachen gruppiert, wie tief er beobachtet, wie gerecht er Licht und Schatten verteilt — das macht dieses Bild so scharf, so wahrhaftig, so innerlich durchleuchtet. Der Größen-

wahn schwarz uniformierter Kleinbürger, Weihnachten im KZ, der abgesetzte Lichtenburger Direktor Faust, der nach seiner Verhaftung umgehend von seinen bisher untergebenen SS-Leuten in KZ-Manier mißhandelt wird, dieser plötzliche Wandel der Szenerie, dieses Gemisch von Sadismus und viehischer Späßerei — das alles ist Tollhaus, gemeingefährlichstes Tollhaus, gesehen und durchlitten von einem Gestalter.

Europa aber sollte aus diesen Berichten erkennen, daß die wahre Weltgefahr in der Barbarei und Bestialität liegt, die vom Hitlerregime im deutschen Volke gezüchtet wird. Gregor.

Vorkriegspropheten

Man nimmt einen leichten Roman der Vorkriegszeit zur Hand, um für eine Stunde die grausige Gegenwart zu vergessen, durch die mit unerhörter Kraft der Irrsinn geistert. Was im heutigen Deutschland erscheint, kann man doch nicht lesen, weil die Blut- und Boden-Würze zum Brechen reizt, und woher sollte jenen, die außerhalb Deutschlands mit Entsetzen den rasenden Lauf des deutschen Verhängnisses verfolgen, die innere Muße kommen, unpolitisch zu sein? In ihnen ist, wenn sie Charakter haben, Haß, Trauer, Kampfeslust und das durchzieht auch jede Zeile, die sie schreiben.

Also, man nimmt ein Buch aus der Vorkriegszeit und hofft, für eine Weile den Tag zu vergessen, um aus dieser Ablenkung neue Kraft für den Tag zu schöpfen. Es spielt in Prag, in der Altstadt... man läßt sich von dem gut geschriebenen Geplauder tragen und

hat beinahe schon für den Augenblick vergessen, was einen sonst Tag und Nacht peinigt, da bleibt das die Zellen gleichmäßig entlanglaufende Auge an einem Satze hängen und man ist wieder mitten drin im Jahre des Unheils 1935.

Da steht: »An der Sentimentalität erkennt man die Kanaille.«

Wie konnte der Autor diesen Satz schon im Jahre 1913 schreiben? Gab es solche Erkenntnisse auch schon damals? Er wußte doch nichts von Hochzeitsfeierlichkeiten mit Jungfernkranz und weißgekleideten Kindern, die blumengeschmückt die Brautschleppe tragen, während die Trauzeugen den Kameradenmord vom nächsten Morgen beraten, nichts von Tierschutzgesetzen, nach deren Schutz sich Menschen sehnen, die in Konzentrationslagern hinter Stacheldraht aus tausend Wunden bluten, von handgestrickten Strümpfen als Geburtstagsgeschenk von alten Mütterchen für Männer, die im Blute ihrer Mitbürger waten, von Kuchen ausstellenden Kinderfreunden, denen als den Mördern ihrer Väter hunderte von Waisen fluchen, von Politikern, denen Friedensworte aus dem Munde strömen, während sie sich Bombengeschwader schenken lassen, von Aposteln deutscher Sittlichkeit, die Zuhälter zu Nationalhelden erheben... O ihr Vorkriegspropheten, ihr würdet euch im Grabe umdrehen, wenn ihr wüßtet, wie sehr ihr sogar dort recht behieltet, wo ihr euren Romanen zwischen Liebespiel und Wirtshauslich zur Abtönung des Hintergrundes bittere Allgemeinheiten sagtet!

Man legt das Buch wieder aus der Hand und versucht nicht mehr, Ablenkung zu finden. Man erkennt, daß man dieser seiner Ge-

genwart nicht entfliehen kann, nicht einmal für eine Stunde! Sie ist das Schicksal! das getragen und durchgekämpft werden will, bei Tag und Nacht, ohne die geringste Unterbrechung.

Die vier Grundregeln der Göbbelspropaganda

- I.
Wenn dir die Argumente fehlen,
Mußt du sie dir beim Gegner stehlen.
Beschimpf ihn dann ganz fürchterlich,
Auf diese Art bedankt man sich!
- II.
Wenn du der Unwahrheit bezichtigt,
Auf keinem Fall etwas berichtigt!
Gib eine zweite Lüge bei.
Dann glaubt man Dir, daß auch die erste
Wahrheit sei!
- III.
Der Gegner ist auf jedem Fall ein Schwein,
Er muß nicht immer nur ein Gauner sein,
Abwechslung ist auf jedem Fall beliebt,
Häng ihm Verbrechen an, die's gar nicht gibt.
- IV.
Gib jedem, was er will: dem Fabrikanten Geld!
Dem Arbeitnehmer eine bessere Welt!
Dem Landwirt Zölle, und dem Städter keine
So gibst du niemand etwas, aber dir das deine!
Pierre.

Nazimethoden des Lohnabbaues

Der Schwindel der Deutschen Arbeitsfront in der Berichterstattung über die Lohnfrage hat einen Höhepunkt erklommen. Sie bringt jetzt Veröffentlichungen über die Zulässigkeit des Tariflohnverzichts und greift die frühere Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichtes an, um zu erzählen, daß heute die Arbeitsgerichte Berlin und Frankfurt a. M. die nachträgliche Zulässigkeit des Tariflohnverzichts unterbunden hätten. Aus einer Entscheidung des AG Berlin wird zitiert:

»Nach dem Grundsatz, daß jeder Arbeiter seines zuständigen Lohnes wert sein muß, kommt es nicht allein darauf an, daß der Vertrag des Arbeitnehmers dem Inhalt der Tarifordnung entspricht, sondern auch, daß er so erfüllt wird. Von diesem Gedanken der Erfüllung heraus muß für die heutige Rechtslage die Zulässigkeit eines nachträglichen Tariflohnverzichts abgelehnt werden.«

Das klingt wieder einmal recht sozial. Dieser Spruch ist aber ebenso belanglos, wie die Tarifverträge von heute, die nur noch auf dem Papier stehen. Das AG Berlin gibt selbst in seiner »Entscheidung« zu, daß seine Auffassung keine Rechtskraft erlangt, denn es spricht im zweiten Teil von den Ausnahmen für die untertarifliche Entlohnung, in den Fällen, in denen der Tariflohn für den Betrieb »nicht tragbar« ist.

»Zum anderen erscheint es aber nicht angebracht, die Gerichte mit der Aufgabe zu betrauen, einzelne Ausnahmen von der Anwendung des Tarifvertrags zu machen, vielmehr ist hierzu nur eine Stelle fähig, welche die genaue Uebersicht über die wirtschaftliche Gestaltung der Berufskreise hat...

Es erscheint zweckdienlicher, diese Prüfung der Ausnahmegenehmigung dem Treuhänder der Arbeit vorzubehalten, denn nur eine solche unparteiliche (?) Stelle, die die genaue Uebersicht über die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige hat, wird die Gewähr dafür bieten, daß der Tarifvertrag in seiner gerichtlichen Durchsetzbarkeit nicht gefährdet wird.«

Die neue Rechtsprechung soll also hinsichtlich der Unabdingbarkeit der Tariflöhne angeblich verbessert worden sein, aber im praktischen Fall der untertariflichen Bezahlung tritt das Arbeitsgericht von heute seine Entscheidungsbefugnis an den Treuhänder ab.

Das Arbeitsordnungsgesetz vom 20. Januar 1934, durch das bekanntlich die Tarifvertragsordnung vom 23. November 1918 abgelöst worden ist, enthält in der Lohnfrage überhaupt nur Kann-Bestimmungen. Ein Blick in das Reichsarbeitsblatt gibt Auskunft, daß diese Treuhänder der Unternehmer ihre Kann-Befugnisse reichlich ausgenutzt und ein ganzes System des nach außen nicht immer sichtbaren Lohnabbaues geschaffen haben.

Aufhebung der Tarifverträge.

Zunächst wurden die früheren Tarifverträge als Tarifordnungen wenigstens formell aufrechterhalten. Neuerdings häufen sich die Bekanntmachungen der Treuhänder, wonach die als Tarifordnung noch in Kraft befindlichen Tarifverträge aufgehoben werden. Da vielfach die Aufhebung erfolgt, ohne daß eine Tarifordnung erlassen wird, so bleiben große Wirtschaftszweige überhaupt ohne jede tarifliche Bindung.

Tarifordnung ohne Lohnregelung.

Soweit statt der ersatzlosen Aufhebung der Tarifverträge neue Tarifordnungen oder Richtlinien für die Betriebsordnungen erlassen werden, enthalten sie vielfach alle möglichen unklaren Bestimmungen über Einstellung, Entlassung, Urlaub, Arbeitspausen, Arbeitsverhältnisse usw., während jede Regelung der Löhne und Gehälter ausdrücklich ausgenommen ist. So wird z. B. im RABl. VI 499 bekanntgegeben: »Die Regelung der Lohnsätze für die einzelnen Arbeitergruppen unterliegt betrieblicher Festsetzung.«

Offener Lohnabbau.

Es fehlt aber auch nicht an neuen Tarifordnungen, in denen die Treuhänder durch die Senkung der Lohnsätze, durch eine neue Einteilung der Tarifgruppen oder der Ortsklassen schwere Lohnsenkungen anordnen, die bis zu 25 Prozent gehen.

Leistungslöhne.

Der Sinn jeder tariflichen Entlohnung wird durch das sogenannte Leistungsprinzip illusorisch gemacht. Sowohl die Betriebsordnungen, wie die Tarifordnungen sprechen nur von »Mindestsätzen«, die durch Leistungsvergütungen ergänzt werden sollen. Die damit hergestellte freie Konkurrenz der Arbeiter soll die allgemeine Lohnsenkung automatisch bringen.

Der Treuhänder für Schlesien drückt sich dabei besonders lieblich aus und schreibt:

»Die Vorschriften dieser Tarifordnung enthalten Mindestbestimmungen. Auf sie ist je nach der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Betriebe nach Maßgabe der Leistungen der Beschäftigten aufzubauen. Ueber die Gewährung übertariflicher Vergünstigungen entscheidet der Unternehmer frei nach seinem sozialen Gewissen.«

Diese Leistungsabweichungen können auch nach unten erfolgen, daher der Name »tarifliche Mindestlöhne«. So formuliert der Treuhänder von Sachsen, daß die Mindestlöhne für Gefolgschaftsmitglieder bestimmt sind,

»die die ihnen zugewiesene Arbeit nach den fachüblichen Regeln sauber und in angemessener Zeit ausführen können. Nachweislich minderleistungsfähige Gefolgsmitglieder können nach Beratung im Vertrauensrat mit Zustimmung des Treuhänders abweichend von den Tariflöhnen bezahlt werden.«

Solche Sonderbestimmung für »erwerbsbeschränkte Arbeiter«, für »nicht voll leistungsfähige Arbeiter« oder für »Minderleistungsfähige« kehren in den letzten Bekanntmachungen im Reichsarbeitsblatt in den Tarifordnungen besonders zahlreich wieder.

Der Treuhänder für Mitteldeutschland bestimmt im Nachtrag zum Tarifvertrag für die Metallindustrie Halle für neu einzustellende

gelernte Facharbeiter, daß von der Lohn tafel abweichende Arbeitsbedingungen zulässig sind,

»falls ihre Leistungen nicht denen ihrer Berufsgruppe entsprechen.«

»Nicht eingearbeitete Gefolgschaftsmitglieder erhalten Abzüge bis zu 20 Prozent der festgesetzten Löhne.«

Akkordlohn drückerei.

Soweit die Tarifverträge noch nicht aufgehoben sind, werden sie unwirksam gemacht, indem die Zeitlöhne durch Akkordlöhne ersetzt werden. Die Akkordlöhne werden dauernd herabgedrückt. Es ist z. B. eine beliebte Methode, durch Umänderung des Umrechnungsfaktors bei den Minutenakkorden die Lohnsätze immer weiter abzubauen.

In einer Tarifordnung der württembergischen Textilindustrie ist bestimmt:

»Bei Akkordarbeit darf der Verdienst nicht unter die festgesetzten Zeitlöhne sinken, sofern nicht nachweislich die Gründe des Minderverdienstes in der Person der Gefolgschaftsangehörigen begründet sind. Der Betriebsführer kann nach Beratung im Vertrauensrat den Grad des Minderverdienstes festlegen.«

Ausnahmen von der Tarifordnung.

Die weitere Aushöhlung der Tarifordnungen wird von den Treuhändern betrieben, indem sie für einzelne Betriebe Ausnahmen zulassen. Es gibt Tarifordnungen, in denen schon beim Erlaß ganz allgemein der Vorbe-

halt für Ausnahmen gemacht wird. Sie werden vorgesehen für »notleidende Betriebe«, für Betriebe, die eine Mindestzahl von Beschäftigten nicht übersteigen oder sie sind zeitlich begrenzt.

Besonders zahlreich sind die Ausnahmeordnungen hinsichtlich der Ueberschreitung der regelmäßigen Arbeitszeit, wobei sogar die vorgesehene Bezahlung der Ueberstunden unterbleiben kann. In einer Tarifordnung des Treuhänders für Niedersachsen, die für die Kraftfahrzeugreparaturen im Stadtkreis Osnabrück erlassen ist und in der die Arbeiter 50 Stunden, die Vorarbeiter 55 Stunden, die Werkmeister bis zu 60 Stunden in der Woche leisten müssen, heißt es:

»Alle Arbeitsstunden, die über diese angegebene Stundenzahl geleistet werden, müssen mit dem Stundenlohn der Gruppe bezahlt werden.«

Es gibt also keinen Ueberstundenzuschlag.

Zieht man außer diesen Lohnabbaumaßnahmen der Treuhänder in den Tarifordnungen noch die Elendslöhne der Notstandsarbeiter, die das Lohnniveau herabdrücken und die regelmäßigen Abzüge von Lohn und Gehalt im Ausmaß von 25 bis 30 Prozent des Bruttoeinkommens mit in Erwägung, so formt sich das Gesamtbild des Arbeitslohnes im Dritten Reich.

Der Lohnkampf ist verboten, der Ausbeutung des Lohn- und Gehaltsempfängers sind Tür und Tor geöffnet. Ob offene Tariflohnunterschreitung, ob Tarifordnung oder Richtlinien zur Betriebsordnung oder unmittelbarer Lohndruck im Einzelarbeitsvertrag — die Methoden der Nazis zur Regelung der Löhne dienen sämtlich nur einem Zweck, dem Lohnabbau. Die unbegrenzte Ausbeutung der Lohnarbeit ist der schlagendste Beweis für die Nazifüge von der Volksgemeinschaft.

Die Konkurrenzfahne

Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, hat zur »Frage der Beflaggung der Gaststätten« Stellung genommen und hat, wie die deutschen Zeitungen mitteilen, u. a. erklart:

»Die Verwendung der Partei- und Reichsfahnen zu Reklamezwecken ist nicht nur nicht erwünscht, sondern als eine Entwürdigung zu betrachten und daher verboten. Dasselbe gilt für den Mißbrauch von Symbolen der Partei und des Reiches für die Herstellung von sogenannten Haus- und Gastwirtschaftsfahnen. Vorhandene Firmenfahnen sollten im allgemeinen nur dann gemeinsam mit den Fahnen der Partei und des Reiches gezeigt werden, wenn in dem Betrieb eine besondere betriebsinterne Feier vorgenommen wird. Dauerhissungen von Parteifahnen sind nur an solchen Gebäuden oder auf solchen Grundstücken zulässig, die entweder im Eigentum der Partei oder ihrer Gliederungen stehen oder von ihnen gemietet sind.«

Die Gaststätten also, die ihre Pacht nicht an einen Privatmann, sondern an die nationalsozialistische Partei und ihre Gliederungen abführen und an deren Gedeihen deshalb höhererorts Interesse besteht, dürfen die Partei- und Reichsfahne ruhig weiter zu Reklamezwecken entwidigen, denn wo das Geld verdienen anfängt, hört bei den Braunen die Heiligkeit aller Symbole auf.

Verlagsanstalt »GRAPHIA« Karlsbad

Vier neue Bücher:

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN REPUBLIK

VON ARTHUR ROSENBERG

Eine unabhängige, kritische und lehrreiche Geschichte. Der Historiker Rosenberg gibt mit vollendeter Klarheit, in knappem Stil und einfacher Sprache, einen dramatisch bewegten Bericht über die Tragödie der deutschen Republik, befreit von allen Legenden und Propagandamärchen, erfüllt auch von schonungsloser Kritik an Fehlern, warmer Anerkennung von Leistungen und strengster Objektivität gegenüber allen Richtungen.

Lieferbar als Leinenband oder kartoniert.

Preis für den Ganzleinenband (für die kartonierte Ausgabe in Klammern) in: Belgien 85.— (57.—) Frs. / Dänemark 11.85 (10.—) Kronen / Frankreich 38.50 (32.—) Frs. / Großbritannien —10.7 (—8.10) £ / Niederlande 3.70 (3.10) Gulden / Polen 13.50 (11.20) Zloty / Schweiz 8.— (6.50) Fr. / Tschechoslowakei 55.— (46.—) Kč / USA. 2.60 (2.10) \$.

Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur

VON LEOPOLD FRANZ

Die erste Untersuchung des Verhältnisses zwischen Faschismus und Gewerkschaften. Der Verfasser verfügt über eine ebenso gründliche Kenntnis der Theorie als auch der Praxis der Gewerkschaften in den wichtigsten Ländern. Seine kritische Analyse liefert den Nachweis, daß der Faschismus in allen Ländern die Gewerkschaften zerstören muß, weil sie ihn an der Ausübung der totalen Macht im Staate hindern.

Preis in: Belgien 16.— Frs. / Dänemark 2.80 Kronen / Frankreich 9.— Frs. / Großbritannien —2.6 £ / Niederlande —90 Gulden / Polen 3.20 Zloty / Schweiz 1.90 Fr. / Tschechoslowakei 13.— Kč / USA. —60 \$.

DEUTSCHE FLÜSTERWITZE

Gesammelt und eingeleitet von JÖRG WILLENBACHER

415 deutsche Flüsterwitze! Wir halten es für keine unwichtige Beschäftigung, sie zu sammeln und in Buchform der Öffentlichkeit darzubieten. Scharfe Pfeile, die die verfolgte Wahrheit abschießt gegen die humorlosen Emporkömmlinge, die jetzt im Dritten Reich Staatsmänner spielen, und die deren Gottähnlichkeit so gefährlich werden. Der Zeitgenosse wird gewiß mit Interesse durch dieses Brennglas auf die deutsche Gegenwart sehen. Doch auch dem künftigen Betrachter deutscher Wahn- und Fieberzeit wird diese Sammlung wesentlich dünken.

Preis in: Belgien 18.— Frs. / Dänemark 3.25 Kronen / Frankreich 10.50 Frs. / Großbritannien —2.10 £ / Niederlande 1.— Gulden / Polen 3.70 Zloty / Schweiz 2.20 Fr. / Tschechoslowakei 15.— Kč / USA. —70 \$.

VERSE DER EMIGRATION

Gesammelt von HEINZ WIELEK

Aus dieser Anthologie schreit die Stimme des unterdrückten freiheitlichen Deutschland. Wer dieses Buch anrührt, spürt den nie erlahmenden Herzschlag der deutschen Dichtung, die auch die Erniedrigung des Dritten Reichs nicht zu töten vermochte. Im Dunkel der deutschen Illegalität gehen diese Verse von Hand zu Hand. Die staatlich reglementierte Literatur des Dritten Reiches hat nichts, was sie dieser Sammlung entgegenstellen könnte.

Preis in: Belgien 22.— Frs. / Dänemark 3.85 Kronen / Frankreich 12.50 Frs. / Großbritannien —3.5 £ / Niederlande 1.20 Gulden / Polen 4.40 Zloty / Schweiz 2.60 Fr. / Tschechoslowakei 18.— Kč / USA. —85 \$.

BESTELLUNGEN DURCH JEDE BUCHHANDLUNG

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. £.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (48.00), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.